

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeb.)
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befehlshof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreieckige Petzalze oder deren Raum 30.-

Frühjahr: Ein Nachwort zu den Tarifverhandlungen. — Wirtschaftliche Mindests. — Politische Umst. — Maurerbewegung: Streiks, Ausprägungen, Maßregelungen, Differenzen, Befestigung des Verbandsvorstandes. — Berichte: Aus der Schweiz. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitserschöpfung, Submissionsz. — Aus anderen Beurk. Generalsversammlungen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

brachten; in denselben Grenzen konnten sich die einzelnen Unternehmer oder die Lokalverbände des Unternehmerbundes wehren, so gut sie es konnten und wollten. Die Unterstützung des Bundes bestand nur in Resolutionen, betreffend Verweigerung der Aufnahme von Streikenden bei streifreien Bundesmitgliedern. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen griffen die nicht direkt beteiligten Unternehmer zu härteren Mitteln, indem sie ihre Betriebe zu Gunsten der bestreikten Unternehmer schlossen. Nach und nach sind einzelne Unternehmerverbände aber immer häufiger zur Offensive übergegangen, und heute sehen wir den ganzen Bund geschlossen in Angriffstellung gegen die Arbeiterschaft, um ihr die Arbeitsbedingungen zu dictieren.

Wir haben die Entwicklung kommen sehen und Schritt für Schritt verfolgt; wir haben auch die Mitglieder unseres Verbandes davon unterrichtet. Aber verhindern ließ sie sich nicht. Seit drei Jahren ist es bekannt, daß der Unternehmerbund alles daran setzt, wollte und will, daß die Tarifverträge möglichst alle an einem Tage ablaufen, um schließlich zu gegebener Zeit Orte und Landesteile mit schlechter Baufonjunktur gegen solche mit besserer Konjunktur ausspielen und eventuell durch die Androhung einer Generalausprägung die etwaigen Forderungen der Arbeiter niederschlagen zu können. Was konnten die Arbeiterorganisationen dagegen tun? Sie hätten natürlich den Abschluß solcher Tarifverträge verweigern können; denn zu Zeiten der Prosperität wäre ihnen die Verbesserung und Hochhaltung der Arbeitsbedingungen ebenso gut, wenn nicht besser, ohne Vertrag als mit Vertrag gelungen. Auf den Willen der Arbeiter allein kam es aber auch damals schon nicht an. Wo die Unternehmer es wollten und die für sie günstige Zeit dazu ausnutzen, konnten sie Verträge erzwingen, was sie auch getan haben. Andernfalls waren aber die Unternehmer ebenfalls federseit frei in ihren Entschlüsse, und sie hätten natürlich bei jeder ungünstigen Konjunkturveränderung versuchen können, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Seit der Mitte des vorigen Jahres wäre eine solche Freiheit für sehr viele Unternehmer jedenfalls ein „ideal“ Zustand gewesen. (Siehe Berlin.) Es wäre aber wahrscheinlich nicht bei der vorübergehenden Lohnrückläufigkeit geblieben, sondern die Grundlage irgendwelcher späteren Tarifverhandlungen wäre naturgemäß ganz allgemein gefunden. Zudem wäre auch der Unternehmerbund an keine Frist gebunden gewesen; er hätte die von ihm angebrochene Generalausprägung ohne Verhandlungen schon im Herbst des vorigen Jahres oder zu jeder anderen ihm passenden Zeit durchführen können. — Wir machen diese Ausführungen, um dem etwaigen Einwand: den Führern der Arbeiterorganisationen hätte es an dem nötigen Weitblick gefehlt, von vornherein die Spitze abzuschneiden.

Die Geburtstagsparole des Unternehmerbundes lautete: Generalausprägung der Gesellen und Arbeiter, um die Streikkästen zu sprengen. Krieg bis aufs Messer! Auf der ersten Generalversammlung des Bundes klang die Eröffnungsrede des Felsch dahin aus: Bevor wir nicht siegreich eine große Kraftprobe angestellt haben, werden wir nicht zur Ruhe und zum Frieden gelangen; eine solche Kraftprobe muß ange stellt werden. Es muß dahin kommen, daß wir die Arbeiter in großen Bezirken, wenn nicht in ganz Deutschland, aussperren können, damit es mit den „ungerechten“ Anforderungen ein Ende nimmt.

In den zehn Jahren seines Bestehens hat der Unternehmerbund systematisch daran gearbeitet, dies Ziel zu erreichen und — das muß offen ausgesprochen werden — er ist ihm hart nahe gekommen. Unter Anwendung eines in Arbeiterkreisen unmöglichen Terrorismus, durch Begünstigungsbündnisse mit den Materialienfabrikanten und Händlern und nicht zuletzt infolge der forschreitenden Arbeiterbewegung, hat der Unternehmerbund seine Mitgliederzahl nun so vermehrt, namentlich die geschäftskundigsten, kapitalkräftigsten und somit einflussreichsten Unternehmer in sich aufgenommen, daß wir anerkennen müssen, er ist ein achtunggebietender Gegner für die Arbeiterorganisationen geworden.

Ein ganz natürlicher Vorgang ist es, daß sich diese Kräftezunahme nun Geltung zu verschaffen sucht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange sich der Unternehmerbund schwach fühlte, mußte er es leiden, daß die Arbeiterorganisationen ihre Lohnforderungen lokal- und Bezirkweise zum Ausdruck

brachten; in denselben Grenzen konnten sich die einzelnen Unternehmer oder die Lokalverbände des Unternehmerbundes wehren, so gut sie es konnten und wollten. Die Unterstützung des Bundes bestand nur in Resolutionen, betreffend Verweigerung der Aufnahme von Streikenden bei streifreien Bundesmitgliedern. Nur in verhältnismäßig wenigen Fällen griffen die nicht direkt beteiligten Unternehmer zu härteren Mitteln, indem sie ihre Betriebe zu Gunsten der bestreikten Unternehmer schlossen. Nach und nach sind einzelne Unternehmerverbände aber immer häufiger zur Offensive übergegangen, und heute sehen wir den ganzen Bund geschlossen in Angriffstellung gegen die Arbeiterschaft, um ihr die Arbeitsbedingungen zu dictieren.

Wir haben die Entwicklung kommen sehen und Schritt für Schritt verfolgt; wir haben auch die Mitglieder unseres Verbandes davon unterrichtet. Aber verhindern ließ sie sich nicht. Seit drei Jahren ist es bekannt, daß der Unternehmerbund alles daran setzt, wollte und will, daß die Tarifverträge möglichst alle an einem Tage ablaufen, um schließlich zu gegebener Zeit Orte und Landesteile mit schlechter Baufonjunktur gegen solche mit besserer Konjunktur ausspielen und eventuell durch die Androhung einer Generalausprägung die etwaigen Forderungen der Arbeiter niederschlagen zu können. Was konnten die Arbeiterorganisationen dagegen tun? Sie hätten natürlich den Abschluß solcher Tarifverträge verweigern können; denn zu Zeiten der Prosperität wäre ihnen die Verbesserung und Hochhaltung der Arbeitsbedingungen ebenso gut, wenn nicht besser, ohne Vertrag als mit Vertrag gelungen. Auf den Willen der Arbeiter allein kam es aber auch damals schon nicht an. Wo die Unternehmer es wollten und die für sie günstige Zeit dazu ausnutzen, konnten sie Verträge erzwingen, was sie auch getan haben. Andernfalls waren aber die Unternehmer ebenfalls federseit frei in ihren Entschlüsse, und sie hätten natürlich bei jeder ungünstigen Konjunkturveränderung versuchen können, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Seit der Mitte des vorigen Jahres wäre eine solche Freiheit für sehr viele Unternehmer jedenfalls ein „ideal“ Zustand gewesen. (Siehe Berlin.) Es wäre aber wahrscheinlich nicht bei der vorübergehenden Lohnrückläufigkeit geblieben, sondern die Grundlage irgendwelcher späteren Tarifverhandlungen wäre naturgemäß ganz allgemein gefunden. Zudem wäre auch der Unternehmerbund an keine Frist gebunden gewesen; er hätte die von ihm angebrochene Generalausprägung ohne Verhandlungen schon im Herbst des vorigen Jahres oder zu jeder anderen ihm passenden Zeit durchführen können. — Wir machen diese Ausführungen, um dem etwaigen Einwand: den Führern der Arbeiterorganisationen hätte es an dem nötigen Weitblick gefehlt, von vornherein die Spitze abzuschneiden.

Allé diese und noch andere schikanöse Bestimmungen sollten nach dem Besluß der Bundesgeneralversammlung unweigerlich Bestandteile des Tarifvertrages werden. Um keinen Strich wollten die Unternehmer hieron abgehen. Und als bei den Verhandlungen die Arbeitervertreter dem Herrenstandspunkt der Unternehmer ein scharfes „Niemals!“ entgegensezten, wiederholte eine außerordentlich Generalversammlung des Unternehmerbundes (Hannover, 18. Februar) in Berliner Beschlüsse und unterstrich sie mit der Drohung: daß die Baugewerbe am 1. April geschlossen würden, wenn die Verträge auf der Basis dieses Vertragsmusters nicht zu Stande kommen sollten. Aber die Arbeitervertreter ließen sich nicht schrecken. Mit dem Worte „tückig“, mit dem Agitationsverbot z. kein Vertrag, so lautete nach wie vor ihr Veto. Allerdings mußten sie, um dem Unternehmerbund möglichst viel Wind aus den Segeln zu nehmen, vorsichtig auf die Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden und auf eine allgemeine Lohnhöhung für das erste Vertragsjahr (1908) verzichten. Dieser Besicht auf eine durchaus notwendige Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist den Verbandsvorständen und den sonstigen Vertrauensmännern der hauptsächlich in Betracht kommenden Bezirke gewiß nicht leicht gefallen; aber so zu handeln war eine taktische Notwendigkeit. Die vorausgesetzte Folge davon war, daß der Unternehmerbund ebenfalls zurückzufallen musste. Erst verzichteten die Unternehmerverbände für Mitteldeutschland und für Rheinland und Westfalen auf die von den Arbeitervertretern beanspruchten Bestimmungen (Coblenz, 14. März), und in weiterer Folge schloß sich der Gesamtband diesem Vorgehen an. Der „Mustervertrag“ des Unternehmerbundes wurde zurückgezogen und in gemeinsamer Sitzung der beiderseitigen Zentralvorstände wurde ein Vertragsmuster vereinbart, das von den Arbeitern zwar keineswegs als ein Ideal betrachtet wird, aber doch einigermaßen erträglich ist. Halten wir daneben, daß trotz des beharrlichen Widerstandes der einflussreichsten Unternehmerverbände doch noch eine, wenn auch nur geringe, Lohnhöhung herausgeschlagen worden ist, so dürfen wir wohl behaupten, daß alles in allem — in Anbetracht der Krise und der drohenden Machtprobe des Unternehmerbundes — die Arbeiter schließlich besser davon gekommen sind, als es anfänglich zu erwarten war.

Dass alle die hier und in der vorigen Nummer aufgeführten Gründe nicht ausreichen, um unsere Kollegen überall von der Notwendigkeit, den Schiedsgericht anzunehmen, zu überzeugen, ist gewiss recht bedauerlich; denn es beweist, wie wenig alle Aufführungs- und Bildungsbestrebungen bisher geholfen haben. Für weite Kreise unserer Mitglieder sind die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch böhmische Dörfer. Von den notwendigen Voraussetzungen jeder erfolgreichen Lohnverhandlung, von den aus den gegebenen Verhältnissen emporwachsenden Entwicklungstendenzen im Austrag des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit weiss man vielerorts nichts, oder man verfügt die Augen absichtlich vor der besseren Erkenntnis. Nur so ist es zu erklären, daß Beschlüsse zu stande kommen wie in Breslau und Zwischen, wo man den Schiedsgericht abgelehnt hat, oder daß man Resolutionen beschließt, wie die in dem heutigen Bericht von Köln wiedergegebene. Darüber sollten die Kollegen nun doch bald hinaus sein. Diesen Urteilen stellen wir ein anderes gegenüber, das für uns und für jeden Einsichtigen schwerer wiegt, als die Superlative der diversen Entrüstungs- und Protestresolutionen.

Genosse Eduard Bernstein hat uns folgendes Schreiben gesandt:

Werte Redaktion!

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen und durch Ihre Vermittlung dem Maurer-Verband zu dem soeben abgeschlossenen Tarifvertrag meinen Glückwunsch auszusprechen. Ich halte den Umstand, daß es dem Verband gelungen ist, diesen Vertrag zu erwirken, sowie den Abschluß des gleichartigen Vertrages im Holzarbeitergewerbe geradezu für ein Ereignis und habe diese Abschlüsse auch in meiner Mafsefrede bei den Metallarbeitern Berlins als überaus hoffnungsvolle Erscheinungen in diesen, für viele Arbeiter so schweren Tagen begrüßt.

Wieher ist es den Gewerkschaften fast nur gelungen, bei guter Geschäftszzeit Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Diese Verbesserungen gingen aber bei dem dann folgenden Geschäftsdurchgang anfanglich ganz und später zu einem großen Teile wieder verloren. Die Kurve der Löhne stellte so ein Zickzack dar, der ziemlich parallel ging der Kurve des Geschäftsganges. Dies verrät eine Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage, bei der es immer noch Leute geben konnte, die den Lohnen der Gewerkschaften in Frage stellten. Sie behaupteten, daß die Gewerkschaften ihre Lohnerfolge sich zu Unrecht aufs Konto schrieben; bei freiem Walten der Konkurrenz würde die steigende Nachfrage die gleichen Lohnsteigerungen zur Folge gehabt haben.

Das war falsch, aber es barg doch ein Körnchen Wahrheit. Die Gewerkschaften haben die Arbeiter in den Stand gesetzt, die günstigen Konjunkturen viel energischer und systematischer auszunutzen, als es den vereinzelten Arbeitern gelingen konnte. Aber das war doch nur erst die Hälfte der zu lösenden Aufgabe. Die andere, größere und meliorische Ansicht nach sehr viel bedeutungsvollere Aufgabe war, dem Druck der schlechten Konjunktur eine so starke Gegenkraft entgegenzusetzen, daß er die Lohnhöhe nicht treffen konnte.

Das ist nun durch den Maurer-Verband und den Holzarbeiter-Verband diesmal in einem Umfang und unter Bedingungen erzielt worden, wie nie zuvor in diesen großen Gewerken. Nur einige noch bevorzugte Industrien haben bisher Ähnliches durchgesetzt. In ihrer Art aber sind die beiden Verträge in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bisher ohne Beispiel, und selbst die englische Gewerkschaftsbewegung kann ihnen nicht allzuviel Gleichwertiges zur Seite stellen.

Wir stehen in einer Periode groben Geschäftsdurchgangs, deren Verlauf sich noch gar nicht übersehen lässt. Es kann den organisierten Kapitalmächten gelingen, sie abzukürzen, Naturereignisse (schlechte Ernte usw.) und politische Verwicklungen können sie erheblich verlängern. Wenn da eine Unternehmerorganisation mit einem machtvollen Unternehmerverband zu einem Vertrag kommt, dessen erster und bestimmender Satz lautet: „In keinem Lohngebiet darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten“, so ist das, ich wiederhole es, ein geradezu epochenmachendes Ereignis, ein Ereignis, das an Bedeutung gar manche Aufsehen erregenden „Siege“ überstrahlt.

Wohl mag der Abschluß mancher Hoffnungen unerfüllt lassen, wohl mag die Aussicht von Lohnverschlechterungen vieler nicht genügend erscheinen in einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise dank unserer agrarischen Wirtschaftspolitik eine fortgesetzte Stellung erfahren. Aber das steht auf einem anderen Blatt. Bisher wurden die Arbeiter bei solchem Anlaß von zwei Seiten her geschlagen. Dass sie nach der einen Seite hin gebettet sind, wird sie um so mehr befähigen und muß ihnen auch ein um so größerer Ansporn sein,

den Kampf nach der anderen Seite hin nicht minder zu führen. Dass diese Bedingung erzielt wurde, ist ein hoffnungsvolles Zeichen dafür, daß der Kampf der Gewerkschaften immer weniger Sisyphusarbeit wird, immer sicherer zur tatsächlichen Hebung der Arbeiterklasse führt. In diesem Sinne bleibt der Abschluß des Vertrages ein denkwürdiges Ereignis in den Annalen des Arbeiterkampfes, das uns alle mit Begeisterung erfüllen muss.

Mit sozialdemokratischem Gruß Ed. Bernstein.

Ganz ungewöhnlich war die Art der Verhandlungen, weil sie, entgegen den sonstigen Erfahrungen, in ihren letzten Abschlägen zwischen den beteiligten Zentralvorständen von einer Stelle aus für das ganze Reich geführt wurden. Noch ungewöhnlicher deshalb, daß die Vorstände der Arbeiterorganisationen weder zu solchen Verhandlungen noch zum Abschluß eines solchenmaßen feststehenden Auftrag der Gesamtheit ihrer Mitglieder hatten. Auf die statutarische oder moralisch-rechtliche Seite dieser Angelegenheit brauchen wir hier jedoch nicht weiter einzugehen; denn wir sind mit dem Vorstand unseres Verbandes der Meinung, daß seine Stellung der Sache völlig entsprach, wie wir auch die Überzeugung haben, daß sich die übergroße Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder mit der „Rechtsverletzung“ abfinden wird.

Neuerst interessant ist aber der Gang der Verhandlungen insoweit, als er uns mit beispieloser Schnelligkeit zu einem „Reichstarif“ geführt hat. Wenn wir einige Jahre zurückblicken, so sehen wir, daß unsere baugewerblichen Unternehmer sehr wenig Interesse für den Tarifvertrag befunden haben. Noch im Jahre 1900 erklärte der Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, er sei zu der Überzeugung gekommen, „daß es sich mit Rücksicht auf die sehr verschiedenartigen Verhältnisse im Baugewerbe innerhalb Deutschlands, auf die bisher noch häufig auftretenden gegenteiligen Ansichten über die Rücksicht eines Vorhabens nach der angeborenen Richtung, aber auch auf Grund der gemachten Erfahrungen in der Mehrzahl von Städten, in denen derartige Vereinbarungen (Tarifverträge) bereits getroffen sind, vorläufig nicht empfehlt, die dorthin angeregte Frage durch den Vorstand des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe weiter zu verfolgen.“ Diese Erklärung war die Antwort auf eine Mitteilung unseres Verbandsvorstandes, an die erste Bundes-Generalversammlung, in der feinen Weisung von einem Reichstarif die Rede war; sondern worn nur zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Wahlstellen unseres Verbandes bereit seien, unter bestimmten Voraussetzungen Tarifverträge mit den örtlichen Unternehmerorganisationen abzuschließen. — Damals war die Unternehmerorganisation noch schwach, der Bund eben erst im Entstehen, und er war sich noch in Unklarheit darüber, wie er sich des Ansturms der organisierten Arbeiterschaft am besten erwehren könnte: mit oder ohne Tarifvertrag? Eine andere Beurteilung fand die Frage bei dem Bunde, als er von Jahr zu Jahr mehr erstarke und mancherorts die Tarife zum schlechten Befürworten konnte. Im Jahre 1905 erklärte der Vorstand, der die obige Erklärung unterzeichnet hatte: „Eine Tarifgemeinschaft mit den Arbeitern zu schließen, ist das Ideal, was es gibt; um diese aber zu erreichen, gehört Macht.“ Seit dieser Zeit arbeitet der Unternehmerbund allerdings daran, die Tarifverträge zu konzentrieren. Über nicht etwa in dem Sinne, die Arbeitszeit und den Lohn den Größenverhältnissen der Orte angemessen zu gestalten, sondern nur in bezug auf Nebelparagraphen für die Arbeiter und auf den gleichzeitigen Endtermin der Verträge. Das Produkt dieser Erwägungen war der „Musterstarif“.

Bei der Beratung und Herausgabe dieses Musterstarifs wird der Unternehmerbund aber kaum daran gebacht haben, daß die Verhandlungen so langwierig und verworren werden könnten, daß der Bundesvorstand selbst sie schließlich in die Hand nehmen müsste. Er hat seinen Unterverbänden nur eine Richtschnur geben und sich ein Votum vorbehalten wollen; im übrigen sollten die Verhandlungen wie bisher zwischen den örtlichen Organisationen geführt werden. Die Führer der Arbeiterorganisationen haben zwar von vornherein gewußt, daß die von dem Unternehmerbund inspizierten Verhandlungen auf der angenommenen Grundlage nicht zum Ziele führen könnten; einen solchen Ausgang haben aber auch sie nicht gewollt, da ja unter den obwaltenden Umständen gegen einen Reichstarif, und möge es nur ein Schatten davon sein, die schwersten Bedenken bestehen mußten. Und dennoch: der Knoten konnte nicht anders gelöst werden, oder man hätte ihn durchhauen müssen.

Immerhin sind wir von einem wirklichen Reichstarif noch sehr weit entfernt. Der jetzige Tarif ist nur in bezug auf die allgemeinen Bestimmungen und die Ablaufszeit einheitlich. Zu einer weiteren Regelung werden wir wahrscheinlich auch 1910 noch nicht kommen. Die Grundlage eines Reichstarifs muß sein, die Verständigung über die fatale Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes, und zwar gleichmäßig für gleich große bzw. gleich bedeutungsvolle Orte. Ob sich der Unternehmerbund bis dahin zu einem solchen Standpunkt durchgerungen hat, muß heute als sehr zweifelhaft erscheinen. Aus demselben Grunde muß stark bezweifelt werden, daß 1910 die Tariferneuerung auf der jetzt geschaffenen Basis glatt von statten geht. Unseren Kollegen müssen wir deshalb schon jetzt zurufen: Rüste unablässig für die kommenden Kämpfe, damit, wenn eine friedliche Lösung nicht möglich ist, unsere Macht die Macht des Unternehmertums übertrage.

Wie es aber auch kommen möge, so viel ist sicher: Für die nächsten Verhandlungen muß von vornherein eine andere Grundlage geschaffen werden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontmäßigung und Börse. — Rohstoffindustrie. — Eisenproduktion und Eisenausfuhr. — Schiffsbau. — Kleineisen gewerbe. — Getreidepreise.

Die lange erwartete und angekündigte Diskontmäßigung der Reichsbank ist tatsächlich am 27. April befohlen worden. Die Ermäßigung betrug jedoch, trotz der langen Verzögerung, nur ein halbes Prozent, so daß wir also seit dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise folgende allmähliche Wiederabfrage der Banknoten zu verzeichnen haben: 8. November 1907 7½ p. 18. Januar 1908 6½ p. 25. Januar 6 p. 7. März 5½ p. 27. April 5 p. Der Reichsbankpräsident Hattenbach riet vor dem Zentralausschuß abermals zu fortgesetzter Voricht. Die Heraufsetzung um ½ p. sei das äußerste, was eintheilbar gelingen könne, so gern man die Bündnisse der Geschäftswelt betrifft des billigeren Geldes entsprechen würde. Gegen diese Ausführungen erhob sich, wie es im Preßbericht heißt, von keiner Seite ein Widerstand.

Da die Geschäftswelt, vor allem die Börse, schon seit ein paar Wochen mit den bevorstehenden Diskontmäßigungen gerechnet hatte, so blieb jeder Enttäuschung aus; eher machte sich eine gewisse Enttäuschung geltend, daß man nach verlängerten Krediten immer noch so wenig erhielt. Einige Industriewerte sind zwar in der letzten Aprilwoche gestiegen, doch handelt es sich dabei meist um Internodungen, denen bestimmte große Banken nahestehen, bei denen also die „Nachhillearbeit“ offenbar in erster Linie den Zweck verfolgte, mit allen Mitteln bis zum Höhepunkt der Großfinanz unter günstigeren Bedingungen aufzuräumen. Ferner trieb man die Börsenwerte mit einem Erfolg in die Höhe, auch die Buderpreise, da auf dem Weltmarkt die Buderpreise infolge der Angebotsknappheit eine steigende Tendenz zeigten. Möglich ist es dagegen gleichzeitig noch immer und ununterbrochen, daß die Bündnisse der Geschäftswelt betrifft des billigeren Geldes entsprechen würde. Gegen diese Ausführungen erhob sich, wie es im Preßbericht heißt, von keiner Seite ein Widerstand.

Da die Geschäftswelt, vor allem die Börse, schon seit ein paar Wochen mit den bevorstehenden Diskontmäßigungen gerechnet hatte, so blieb jeder Enttäuschung aus; eher machte sich eine gewisse Enttäuschung geltend, daß man nach verlängerten Krediten immer noch so wenig erhielt. Einige Industriewerte sind zwar in der letzten Aprilwoche gestiegen, doch handelt es sich dabei meist um Internodungen, denen bestimmte große Banken nahestehen, bei denen also die „Nachhillearbeit“ offenbar in erster Linie den Zweck verfolgte, mit allen Mitteln bis zum Höhepunkt der Großfinanz unter günstigeren Bedingungen aufzuräumen. Ferner trieb man die Börsenwerte mit einem Erfolg in die Höhe, auch die Buderpreise, da auf dem Weltmarkt die Buderpreise infolge der Angebotsknappheit eine steigende Tendenz zeigten. Möglich ist es dagegen gleichzeitig noch immer und ununterbrochen, daß die Bündnisse der Geschäftswelt betrifft des billigeren Geldes entsprechen würde. Gegen diese Ausführungen erhob sich, wie es im Preßbericht heißt, von keiner Seite ein Widerstand.

Ein gemischtes Eindringen zu weniger herausfordernder Praxis bereitet sich ancheinend bei dem rheinisch-westfälischen Kohlenhandel vor. In der Bechenbüscher Versammlung vom 22. April wurde eine etwas geringere Produktions einschränkung für die Monate Mai und Juni festgesetzt: für Kohle 12½ p. für Zols 30 p. für Briketts 5 p. Die Produktions einschränkungen — aus denen sich, wie wir, um Zertümer zu vermeiden, wiederholen, die abgabenfreien, nicht die tatsächlichen Produktionsmengen ergeben — stellen sich also bisher im laufenden Jahre:

1908	Kohle Prozent	Zols Prozent	Briketts Prozent
Januar	—	10	—
Februar	—	10	—
März	10	20	—
April	15	35	10
Mai	12½	30	5
Juni			

Die deutsche Roheisenproduktion war, nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, im letzten Monat März bereits geringer als im Monat März 1907 auf 1.048.988 Tonnen gegen 1.099.257 Tonnen und 1906 mit 1.058.527 Tonnen. Für die ersten drei Monate stieg 1908 auf 3.102.513 Tonnen gegen 3.139.600 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Dabei scheinen wir eine Erfahrung von neuem zu machen, die schon für die Depressionsperiode nach 1900 charakteristisch war: trotz der sich abschwächenden Erzeugung steigt die Ausfuhr, die man gesetzlich zu forcieren sucht, um die Produktionsfähigkeit der Werke immer noch nach Möglichkeit auszunutzen. Allerdings trifft das im März nicht speziell für das Roheisen zu, wohl aber um so mehr für andere Eisenprodukte, die doch nur eine umgewandelte Form des Roheisens darstellen. Die gesamte Ausfuhr von Eisen und Eisenwaren betrug Tonnen (zu 1000 Kilogramm):

	1907	1908
Januar	2.589.118	2.471.28
Februar	2.639.777	2.807.51
März	2.975.657	3.182.24
1. Quartalsjahr	8.204.88	8.741.08

Das erste Quartal übertrifft dennoch in diesen Ausführungen das Vorjahr bereits um 53 620 Tonnen oder um 6,5 p. 100. Kohluppen, Kloschienen, Eisenbahnschienen waren an der Märkteingang der Ausfuhr besonders stark beteiligt.

Ein großer Abnehmer der Eisenindustrie und zugleich vieler anderer wichtiger Produktionszweige ist der Schiffbau. Auf derselben kritische Lage in England, das noch immer über drei Fünftel der internationalen Lieferfähigkeit auf diesem Gebiet umfasst, kann wir anlässlich der Lohnstreitigkeiten im Norden und Nordosten Großbritanniens zu sprechen; hier ist der Rückgang schon seit dem zweiten Quartal 1907 allmählich beginnend, am eingeschneidenden. Doch kommt die rückläufige Bewegung fast überall, in allen Ländern und Erdteilen, zum Ausdruck. Doch der Segelschiffbau fast ganz aufgehört hat, ist am Ende die Folge der Erneuerung nicht der Reederei, sondern eines selbst in Hochkonjunkturzeiten fühlbaren Entwicklungsprozesses. Aber auch bei den Dampfern stellt man wohl die einmal begonnene Fahrzeuge fertig, doch an Aufträgen mangelt es; viele Schiffswerften unternehmen Bauten auf eigene Rechnung, um ihre Betriebe, feste Anlagen somit wie lebendige Arbeitskräfte, nicht stillzusetzen und einzubüßen. Nach der Statistik waren Dampfer im Bau:

	1907	1908
31. Oktober	31. Dezember	31. März
	Tonnen	Tonnen
Deutschland	232000	251700
Frankreich	109800	107300
Japan	80800	76600
Italien	70400	46400
Holland	45700	45900
Norwegen	31200	35500
Schweden	3800	5700
Österreich-Ungarn	12700	12600
	18000	

Die meisten Länder hatten also ihren Höhepunkt bereits Ende Oktober zu verzeichnen, Deutschland und Norwegen, Schweden jedoch erst Ende Dezember. Gegen diese Höhepunkte ist fast überall der Absatz kein geringer, mit Ausnahme Japans und Österreich-Ungarns, die ihren Aufschwung fortsetzen, während Holland sich im wesentlichen auf dem gleichen Niveau wie verharrt. Der deutsche Schiffsbau soll in normaler Zeit ca. 55 000 bis 60 000 Arbeiter beschäftigen, die englische ca. 30 000 bis 35 000. Für die Vereinigten Staaten fehlt eine genauere Nachweisung, doch ist hier wahrscheinlich die Depression eher eine noch gröbere als in Europa.

Über die Beschäftigung der kleinen industriellen brauchen vor ein paar Tagen die Zeitungen einen sehr informativen Bericht aus dem Rheinlande. Hier spielt der Export eine große Rolle und deshalb war die Stützung in den Vereinigten Staaten überaus empfindlich. Die täglichen Gebrauchsgegenstände sind, weil unentbehrlich, weniger Schwankungen des Bedarfs unterworfen; aber selbst jowet dies gilt, hält sich doch der bestehende Handel stark zurück; er zieht lieber von seinen Vorräten und verschafft die Einfüsse auf spätere Zeit, von der er ein noch billigeres Angebot erwartet. Am stärksten von dem Rückgang ist die Baubetriebsbranche, bisher betroffen; der Verbrauch an Beiflagteilen, Schlägern, Riegeln usw. geht täglich mehr zurück und veranlaßt ein Weichen der Preise, da die Konventionen sich nicht als stark genug erweisen, die Preise zu halten. Im Remscheider Bezirk, der vor allem den industriellen Bedarf an Werkzeugen widerspiegelt, sind fast überall Arbeitserleichterungen vorgenommen und die Löhne sehr eingeschränkt worden. Aufsiedlungsende sind fast nur solche Zweige, die den lebhaft tätigen Waggengesellschaften liefern; auch der Bezug landwirtschaftlicher Geräte soll lediglich geboten sein, allerdings bei weniger günstigen Preisen als vorher.

Die Weizenpreise sind, nach dem ewigen Auf und Ab dieses Jahres, abends seit dem 1. April fast stetig gestiegen. Maiweizen stand am 27. März 1907, am 30. März 1908, dann am 1. April 1908, am 3. April schon 1908, am 25. April 215, am 24. April 217½, seitdem ist ungefähr, mit einer geringen Abschwächung, dieser Stand gehalten (am 2. Mai 216 und etwas darüber). Der Kägen folgte wie gewöhnlich in der gleichen Richtung. Mairoggen stand am 30. März 1918, am 1. April schon wieder 194, am 3. April 1908; nach zeitweiligem Rückgang bis auf 192 am 13. April notierte er am 23. April 1908, am 24. und 27. April sogar 1974, am 2. Mai stand er immer noch über 1962. Das sind zwar noch nicht die letzten Oktober- und Novemberpreise wieder (im Monatsdurchschnitt Weizen 228 und 228 Mark, Roggen 209 und 211 Mark). Aber wenn nicht bald außerordentlich günstige internationale Saatensandberichte die Marktsituation beeinflussen, so wird der Preisstand von den Befürchten aus der alten Ernte, denen man, wie den argentinischen, mit großer Hoffnung entgegenstellt, kaum noch nach unten beeinflusst werden.

Berlin, 8. Mai 1908.

Max Schippel.

Die Ernteaussichten in Russland sind sehr trübe. Das „Rusische Bulletin“ meint: Das Komitee für Unterstützung Rotschreiber an der Protagonischen Gesellschaft in Moskau erhält aus vielen Gegenden Russlands die Nachricht, daß die Ernteaussichten für dieses Jahr sehr trübe sind. Woher sind die Wintersäaten vollständig vernichtet, in anderen Orten haben sie unter der Überflutung und sonstigen ungünstigen Verhältnissen stark gelitten. In allgemeinen kann erwartet werden, daß die diesjährige Ernte bedeutend schwächer ausfallen wird als selbst im Hungerjahr 1907.

Zu derselben Frage bringt die „Nowoje Wremja“ folgenden Bericht: Am Schwarzen Meer stehen die Wintersäaten allerorts schlecht. Im Süden haben die Säaten unter den Wärmebrüchen und Dürre unter der Überflutung stark gelitten. Die Bäuerinnen haben noch nirgend hingekommen. Besonders haben überall die Bauernwirtschaften gelitten. Zu vielen von ihnen magte sich schon im Herbst ein Mangel an Saatstoff bemerkbar, und darum blieb ein großer Teil der Winterfelder unbestellt. „Am allgemeinen“ so schreibt das Blatt — ist der Saatstand außerordent-

lich kurz und läßt ernste Besorgnisse um die künftige Ernte ein.“

Bei der Bedeutung der russischen Getreideproduktion für das deutsche Wirtschaftsleben werden auch wir unter den befürchteten Wittern zu leiden haben.

Politische Umstöße.

Aus dem Reichstag.

Befreiung für „aufgeklärte“ Beamte. Maß- und Gewichtsordnung. Internationales Abkommen. Verabschaffung weiterer Gesetze. Wahlprüfungen. Vertragung des Reichstages. Die „Großaten“ der Blödpolitik. Der Freiheit in Dienst der Reaktion.

Wie Sitzungen von sehr langer Dauer waren es, die der Reichstag vom 4. bis 7. Mai abhielt. Schon seit Ende der Österreicher rechneten die Blödpolitiken mit der in Aussicht genommenen Vertragung des Hauses bis zum Herbst. Sie befürworteten die Vertragungen in oft geradezu rücksichtsloser Weise, natürlich auf Kosten der Gründlichkeit, um ein gewisses Pensum noch so schnell wie möglich zu erledigen. Vängere Debatten brachten die Vertragungen eines Geleitentourus, betreffend die österr. Landesverfassung. Es handelt sich um außerordentlich unverträgliche Anträge für die in der Provinz Bojen und den gemischtstaatlichen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittleren Kanzleien und Unterbeamten der Postverwaltung in Höhe von M 710 000 und der Heeresverwaltung in Höhe von M 388 558. Diese Einrichtung hat eine politische Tendenz. Die Julage soll eine Befreiung für politisches Wohlverhalten der Beamten sein; sie soll den Kampf gegen das Bourletum dienen. Seipolitikaten, Zentrum und Polen belämmern die Vorlage energisch. Offen wurde ausgesprochen, daß man von den Beamten lediglich Pflichterfüllung zu verlangen habe, und daß die Bezahlung einer bestimmten politischen Gewissens nicht verwerflich ist, da sie nur die politische Gewissenslosigkeit fördert und ein charakterloses Streberthum, ein politisches Spionage- und Denunziantensystem zügeln. Aber das politische Gewissen der Blödpolitiken war solchen Erwagungen unangänglich; sie nahmen die Vorlage an.

Es folgte die Erledigung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung, die u. a. bestimmt, daß zum Meilen und Wagen im öffentlichen Verkehr nur gerechte Maße, Gewichte und Wagen benötigt werden dürfen, daß Förderwagen und Fördergerüste im Bergwerksbetrieb, soweit sie zur Ermittlung des Arbeitshöchstes dienen, der Neuordnung bedürfen, und daß endlich Wein, Obstwein und Bier bei jährlichem Verkauf nur in geänderten Fässern verkauft werden darf. Unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, daß auch in nichtöffentlichen Verkehren benutzte Maße gerecht werden müssen, ferner, daß Förderwagen und Fördergerüste, die im Bergwerksbetrieb zur Ermittlung des Arbeitshöchstes dienen, auch der Nachrechnung bedürfen, wurde die Vorlage in der Kommissionssitzung unverändert angenommen.

Bei der Erledigung einer Reihe von Wahlprüfungen offenbarten die Freiheitlichen ihren fanatischen Haß gegen die Sozialdemokraten in drastischer Weise. Die Wahlprüfungscommission hatte u. a. beantragt, die Wahlen der sozialdemokratischen Abgeordneten, Schwaz, Lübeck und Böhle-Strasburg, für gültig zu erklären. Auf freiheitlichen Antrag verfaßte die Blödpolitik jedoch, die Wahlen zu erklären, obwohl die Gültigkeit dieser Wahlen ganz außer Zweifel steht. Lebhaft erlebten die Freiheitlichen den Schmerz, daß die durch arge amtliche Wahlbeleidigungen zu Stände gebrachte Wahl eines ihrer Führer, des Professors Eichhoff, mit nur fünf Stimmen Majorität für „gültig“ erklärt wurde.

Eine Reihe von Nachtragsetats für die Schubgebiete, mehrere internationale Abkommen, betreffend das Verbot der Nacharbeit der gewerbl. Arbeitnehmer, das Verbot der Verhinderung von weitem Phosphor zur Aufbereitung von Blindhöfzer sowie des internationalen Privatrechts auf dem Gebiete der Wirkungen der Ch. der Entmündigung und des Abstibzgesetzes; ferner wurde das Automobilsteuergebot, der Dampfzertifikationsgeleitentourus, das Küniggebot, das Gesetz über den Veräußerungsvertrag, der Entwurf, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung (kleiner Veräußerungsantrag), das Bogenfahrtsgesetz u. a. in dritter Lesung ohne längere Debatten erledigt.

Dann trat auf Grund gemeinsamer Beschlüsse des Bundesrates und des Reichstages die Vertragung bis 8. 20. Oktober ein. Nach Ablauf der Vertragung, am 20. Oktober, wird zunächst nur die Gewerbeordnungskommission wieder zusammenentreten. Die nächste Plenarsitzung findet dann am 2. November stattfinden.

Der abgelaufene Tagungsabschnitt ist der zweite der ersten Sessions des am 19. Februar 1907 zusammengetretenen neu gewählten Reichstages. Schon einmal am 14. Mai 1907, wurde diese Sessions durch eine Vertragung über Sommer bis zum Herbst unterbrochen. Durch sehr lange Vertragung, zu der ein besonderer überinstimmender Beschluss des Bundesrates und des Reichstages erforderlich ist, wird der sonst verfassungsrechtlich notwendige Schluss der Sessions verhindert. Sie hat sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte öfter als notwendig erwiesen in Rücksicht darauf, daß wichtige Vorlagen nach ihrer Erledigung im Plenum und in den Kommissionen vorliegen. Erfolgt Schluß der Sessions, so wird alle Arbeit, die auf solche Vorlagen bereits verordnet worden ist, praktisch verlustig. Sie müssen dann in der nächsten Sessions mit neuen eingefügt und gesetzesordnungsmäßig behandelt werden, was eine Wiederholung bereits geleistete Arbeit ist. Durch die Vertragung wird das verhindert. Plenum und Kommissionen nehmen bei ihrem Wiederaufzutreten die unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Der Umstand, daß die Gesetzesvorlagen sich immer mehr häufen, daß insbesondere der Ertrag die Zeit des Reichstages immer mehr in Anspruch nimmt, wodurch die Erledigung anderer Vorlagen erübrigt und verhindert wird, gibt Anlaß zu der Frage, ob es denn überhaupt nicht entsprechender wäre, die Teilung der Legislaturperiode in Sessions ganz aufzugeben.

Der abgelaufene Tagungsabschnitt hat dazu gedient, den Blöd seinen „Verfügungsnachweis“ erbringen zu lassen. Als er begann, entwidierte sich ganz plötzlich eine Blödpolitik. Die liberalen und die freisinnigen Blödpolitiker gerieten in einen heftigen Streit, erklärte, daß fürst Bölow ihnen категорisch, erklärte, daß sie ein unerträglicher Zustand, so könne es nicht weitergehen; sie müßten aufhören, die Regierung und die Blödpolitik vor aller Welt zu discreditieren und zu blamieren; wenn sie nicht „harmonisch zusammenpassen“ könnten, so sei die Regierung entschlossen, den Blöd preiszugeben. Die Blödpolitiker gingen dann auch in sich; eine Verhöhnungskomödie wurde im Reichstag aufgeführt, die führende der Blödpolitiken gelobten in deren Namen „unwandelbare Treue zur Blödpolitik“. Immer jämmerlicher wurde nun die Haltung der Freiheitlichen; von nun an gingen sie mit den Regierung, den Konserabiven und den Nationalliberalen durch. Das und Dünne. Beim Vereinsgesetz machten sie sich des schändlichen Vertrages an den liberalen Prinzipien schuldig, indem sie § 7 zustimmten und auf das Verlangen der Konserabiven auch noch den Ausdruck der jugendlichen Personen bis 18 Jahren aus politischen Vereinen und Veranlassungen beschlossen. Offen bekannten sie sich zu der Tendenz, ohne Rücksicht auf die Volksinteressen die „mitregierende“ Partei bleiben zu wollen.

Auch beim Börsengesetz und bei der Novelle zum Unterstützungswohlfahrtsgesetz fügten sich die Freiheitlichen den Blödpolitiken zum Konserabiven. Dank ihrer „Blödpolit“ blieb das Gesetz über die Majestätsbeleidigungen eine flämmerliche Heftigkeit mit reaktionärer Tendenz gegen die Sozialdemokratie. In der Frage der sozialpolitischen Reformen erwiesen sie sich als heuchlerische Schwäger. Die meisten ihrer Redner haben ihre Hauptaufgabe darin, in wütiger und dummer Weise auf die Sozialdemokratie zu schimpfen. Ganz blieben sie diesmal noch verschont von der Verfassungsprobe des Blöd durch neue Steuervorlagen. Aber die werden nur ganz sicher im nächsten Tagungsabschnitt kommen. Schon jetzt steht fest, daß die Freiheitlichen bereit sind, neue indirekte Steuern zu bewilligen. Sie haben mit dazu geholfen, daß das deutsche Volk im laufenden Staatsjahr rund drei Milliarden Mark für die Reichsstaat Aufzehrung aufwirkt und daß sich im Verlaufe dieses Jahres die Reichsschuld um eine Milliarde erhöhen wird. Und damit ist es dann bei weitem noch nicht getan. So werden die Freiheitlichen, um „nicht ausgeschaltet“ zu werden, keine Bedenken tragen, ihre „Blödpolit“ auch darin zu beweisen, daß sie dem Volle neue Steuerlasten aufzubürden helfen.

Die liberale Blödpolitik freilich möchte glauben machen, daß der Blöd „Großaten“ vollbracht hat. Alles in allem hat er nur parteipolitische Schwägerläufe zum Rüttel des Volkes getrieben. Die hervorragendste „Großat“ der Freiheitlichen insbesondere besteht darin, daß sie sich völlig abholzen der offiziellen Parteien haben degradieren lassen. Vor einem Liberalismus im Reichstag kann heute niemand mehr sein. Die „Freiheitlichen“ sind bedenklich geworden als die Konserabiven, denn die machen wenigstens aus ihrem wahren Gesinnung und ihren wahren Absichten kein Hehl. Der Parlamentsstreitinn, aber hat sich zur Selbigebrüderung parteipolitische Heideleien verbandelt. Und dieser Selbsteinsinn mag es, die Arbeitler um ihre Hölfe bei den preußischen Landtagswahlen anzuregen lassen. Bei einem Liberalismus im Reichstag kann heute niemand mehr sein. Die Sozialdemokratie hätten geradezu die Pflicht, sie unbedingt zu unterstützen. Und das, trotzdem sie bereits Bündnisse mit den Konserabiven und Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie eingegangen sind. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterschaften den verrätrlichen Freiheitlichen in großer Weise behandeln werden, wie er es verdient.

Lohnerhöhung und Lebensmittelsteuerung. Wir haben bereits einige Ausführungen von Handels- und Gewerbezimmern mitgeteilt, die offen augeben, daß die von den Arbeitern hier und da verhöhrten Lohnerhöhungen ganz oder nahezu durch die Steigerung der Lebensmittelpreise aufgewogen werden. Jetzt liegt der Jahresbericht der Bamberger Handelskammer für 1907 vor, in dem es heißt: „Der größere Teil des Jahres stand noch unter dem günstigen Einfluß der Hochkonjunktur, nur war die komende Depression bereits ihrer Schatten voraus, ohne aber die Jahresergebnisse in der Industrie erheblich zu beeinflussen. Deshalb muß auch das Jahr 1907 immerhin als ein günstiges bezeichnet werden. Zu dem flotten Industriegebot trug auch eine gute Ernte wesentlich bei. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erreichten infolge geringer Güten des Auslandes eine Höhe wie selten zuvor und machten die Lohnerhöhungen der Arbeiterschaften am großen Teil illusorisch.“ Diese Tatsache läßt sich eben nicht durch schöne Worte aus der Welt schaffen.

Auch eine Lohnerhöhung. Zentrumsschläger melden: „Sie unterrichteten Kreisen wird neuordnungs mit Bestimmtheit behauptet, daß dem preußischen Abgeordnetenhaus bald nach dem Wiederaufzutreten eine Vorlage für eine beträchtliche Erhöhung der Böllifite des Königs von Preußen zu gehen werde. Gleichzeitig ist man mit der Ausarbeitung einer Vorlage für den Reichstag beschäftigt, in der eine hohe Dotierung für den König von Preußen als deutscher Kaiser gefordert wird. Mit Führern einzelner Parteien des Blöd haben bereits vertragliche Besprechungen stattgefunden. In der Wilhelmstraße wird die Erfahre, daß die Einbringung der Vorlage beauftragt ist, nicht geneugt.“

Die Blödpolitik erläßt zwar diese Meldung sehr unverbindlich. Sie kommt den Blödpolitiken natürlich sehr ungelegen zum Landtagswahlkampf. Deshalb dementiert man sie. Wir glauben, daß das Projekt wirklich besteht. Es war schon vor einigen Jahren einmal davon die Rede. Außerdem deutschen Freiheitlichen ist ja auch die Böllifite erhöht worden.

Die „unpolitischen“ Kriegervereine. Der preußische Landesriegerverband macht mobil zum Schutz des preußischen Dreitassenwahlbereichs. In einem von ihm zu den Landtagswahlen erlassenen Auftrage heißt es:

Die Sitzungen verbieten uns, die Sozialdemokratie durch Wort und Tat zu unterstützen. Kein Mitglied eines dem preußischen Landeskriegerverbande angehörenden Vereins darf daher einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, weder als Arbeitnehmer noch als Wahlmann. Daselbe gilt von den Anhängern der welfischen Partei und der großvölkischen Bewegung.

Ist das kein Terrorismus? Der Landeskriegerverband wird natürlich die öffentliche Abstimmung kontrollieren. Wer dem Aufruf entgegensteht, wird ausgeschlossen. Diese Drohung ist zwischen den Seiten zu lesen. Aber die Kriegervereine sind "unpolitisch".

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Travemünde (Sperrung über Söhrmann), Lübeck (Sperrung über Görner & Heidenreich);

Schleswig-Holstein:

Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hahn), Husum (Sperrung über Petersen), Itzehoe (Sperrung über die Alsenische Zementfabrik in Lüderdorf), Tondern, Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperrung über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlschütte), Meldorf (Sperrung über Mohr in Nendorf);

Mecklenburg:

Güstrow (Sperrung über Thielke), Friedland (Streik der Bauhülfarbeiter), Sülze (Sperrung über Holdorf);

Brandenburg:

Caputh (Aussperrung), Wittstock a. d. D. (Sperrung über den Unternehmer Piest), Zäckerick (Sperrung über Friedrich & Wobermann), Schwerin a. d. W. (Differenzen);

Pommern:

Pyritz (Differenzen), Köslin (Sperrung über Schäffner), Jarom (Sperrung über Brand & Heidschmidt), Sallgast, Ueckermünde (Aussperrung), Pöllitz, Bahn (Streiks);

Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperrung über Reese), Mewe (Sperrung über Schulz), Gründz (Sperrung über Karlsburg), Rastenburg, Hammerstein (Aussperrung), Deutsch Eylau (Sperrung über Wilke);

Posen - Schlesien:

Görlitz (Sperrung über Pötschke in Horka), Brieg (Sperrung über das Baugeschäft Winkler), Gnesen (Aussperrung), Krotoschin (Differenzen);

König. Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Gohlis H. Kogel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L.-Leutzsch Eisengiesserei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hähnerbeinstrasse, und M. Steyskal, Söhrstrasse), Zittau (Sperrung über Böhmisches Ullersdorf), Sebnitz (Differenzen), Mülsen-St. Niklas (Sperrung über Ferd. Döhn);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Heringen a. d. Helme (Streik);

Thüringen:

Sonneberg (Sperrung über Bauer & Söhne), Zechau (Sperrung über die Zuckerraffinerie in Rositz und über die Firmen Orweck & Böttcher und A. Dietze in Rositz und O. Müller in Monstab), Arnstadt (Sperrung über Gressler);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Nordern (Aussperrung), Visselhövede (Streik), Stadthagen, Wanstorff (Differenzen), Misburg (Sperrung über die Zementfabrik "Germania"), Burgdorf (Sperrung über Dieckmann in Hütingen), Sachsenhagen b. Hann. (Sperrung über Menschingen);

Westfalen und Rheinland:

St. Johann (Sperrung über Ackermann in Merchweiler), Köln (Differenzen am Rheinbrückenbau, Sperrung über Merlin & Beier), Düsseldorf (Sperrung über Gronen);

Bessen und Waldeck:

Schmalzalden (Sperrung über Peter), Gudensberg (Sperrung über Möbus & Köhler), Heppenheim a. d. Bergstrasse (Differenzen), Melsungen (Sperrung über H. Siemon), Darmstadt (Sperrung über Raab, Kirsch, Schmidt, und Pfeifer in Hahn);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Streik), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik);

Elsass-Lothringen:

Hilshausen (Differenzen);

Bayern:

Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperrung über Nabaner);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperrung über Gebr. Bönnig).

Oesterreich:

Hermannshütte, Kaaden, Karlsbad, Königsberg, Lobositz, Niemes, Prerau, Saz, Ung. Bradisch.

Gau Berlin.

Die Aussperrung in Güsten ist durch einen Schiedsentscheid des Gewerbegeichts beendet. Der alte, vor der Aussperrung geltende Lohn von 48 ♂ wird weitergezahlt und am 1. April 1909 um $\frac{1}{2}$ ♂ auf 48 ♂ erhöht. Ein Schauspiel für Göster ist die christliche Solidarität. Der Vorstand und die Lohnkommission, die die Löhne in den Händen hatten — unsere Organisation kommt nur wenig in Frage — spielen ein ehrliches Doppelspiel. Erst befürchten diese Freunde für Christliche Arbeit und als sie diese erledigt hatten, bereiteten sie eine Verhandlung ein, um ihr mitzuteilen, daß die Unternehmer den Schiedsentscheid angenommen hätten. Darauf wurde der Streit aufgelöst. Am anderen Tage, als sich die Kollegen um Arbeit bemühten wollten, waren diese echten Christen bereits auf den Baustellen. Da die Arbeitsgelegenheit durch Materialmangel gering ist, so konnten dieser Maurerarbeitszeit zufolge neben elf Kollegen unseres Verbandes noch circa vierzig Kollegen der christlichen Verbände keine Arbeit finden. Bei solchen Verhältnissen wird man für die Zukunft erwarten müssen, ob man mit den christlichen noch gemeinsame Sache machen kann.

Gau Frankfurt a. M.

Vom Zweigverein Darmstadt wird berichtet: Die Maurermeister von Hahn scheinen in den jeweiligen Fußtappen zu wandeln, wie ihre Kollegen anderwärts, indem sie es bis heute noch immer ablehnen, der Maurerorganisation gegenüber das zu halten, was sie im vorigen Jahre schriftlich mit ihr vereinbart haben. Im Jahre 1907 wurde mit den Maurermeistern ein Tarif abgeschlossen, wonach sie sich schriftlich verpflichteten, vom 1. April 1908 an eine Lohnzehrung von 50 ♂ einzutreten zu lassen. Wer nun aber glaubt, die Herren Weißer würden ihr Manneswert halten, der irrt sich gewaltig. Wenn auch Verpflichtungen und Halten des Manns zierte, so verübtend die Maurermeister einen Tarif abgeschlossen, wonach sie erklärten auf Vorhalt der Organisationsleitung: "Was im vorigen Jahre untergeschrieben haben, stimmt uns nicht mehr!" Die organisierten Maurer legten deshalb am 13. April die Arbeit nieder. Nicht unverwagt wollen wir aber hier die einzige Stellungnahme des Gemeinderats von Hahn lassen, der nach unserer Meinung bei entstehenden Differenzen doch das größte Interesse hätte, alles zu tun, um den Frieden im Wirtschaftsleben zu erhalten. Zumal in diesem Falle, wo die Unternehmer den Tarif ohne jeden Grund gebrochen haben, wortlos die Kommunalsteuerzahler mit ihren Steuern bitten müssen. Bei Verpflichtung des Schulhausaustausches kamen vier Meister aus Hahn in Frage, und zwar zwei ständige Meister und zwei, die nur bei guter Tätigkeit vorübergehend Arbeiten auf eigene Rechnung ausführen, während sie sonst als Maurer in Brünnstadt oder Darmstadt ihr Brot verdienen müssen. Letztere hatten gemeindlich bei der Submission 15 ♂ abgeboten, hätten also im Interesse der Steuerzahler von Hahn die Arbeit zu erhalten gesetzt. Aber die beiden hatten ihre Rechnung ohne die Konkurrenz und den weisen Gemeinderat gemacht. Wie uns von gut informierter Seite mitgeteilt wird, sollen die beiden Meister Schmidt und Pfeifer bei dem Gemeinderat von Hahn gegen die beiden Unternehmer Kirch und Raab Sturm gelauft sein, um zu erreichen, daß diese die Arbeit nicht erledißen. Was tat nun der Gemeinderat? Er beschloß, wenn die vier Meister sich vereinigen würden, befähigte sie gemeinschaftlich die Arbeit mit 10 ♂ Aufschlag auf die von Raab und Kirch abgegebenen Gebote. Wir als Organisation haben dagegen nichts einzutwenden, müssen aber verlangen, daß der Gemeinderat von Hahn die Maurer nicht minderrecht behandelt als andere. Nach unserer Auffassung wäre es Pflicht des Gemeinderats gewesen, den Herren Meistern zu sagen, daß die Arbeiten nur dann erhalten könnten, wenn sie den Maurern ihr Versprechen hielten. Es ist jedenfalls nicht im Interesse der Gemeinde gebandelt, wenn die Meister auf einer Seite auf Kosten des Steuerzahlers von Hahn ihre Taschen füllen können, während sie anderseits den Maurern, die doch auch in Hahn Steuern zahlen müssen, ihre Rechte vorerhalten. Natürlich ist die ganze Gesellschaft gesperrt worden.

Gau Hamburg.

Die Lage in Hamburg hat sich durch den Streit der Transportarbeiter, der Maurerarbeiter und durch einige Abwehrvereine der Bauhülfarbeiter derart verschärft, daß der Verband der am Baugewerbe beteiligten Firmen und Vereine einen Beschuß verabschiedt, worin er für den 18. Mai die Entlassung aller freigewählten bauernverbündeten Arbeiter anfordert, falls bis dahin nicht die Differenzen in den obengenannten Gruppen beseitigt seien. Es ist bekannt, daß dazu auch noch die Steinarbeiter kommen, die bereits seit März im Streik stehen. Es sind inzwischen Verhandlungen eingetreten worden, die bisher bei den Steinarbeitern Erfolg hatten. Man darf erwarten, daß auch bei den anderen Berufen eine Einigung erzielt werden wird, sicher ist das natürlich noch nicht.

In Hujum haben einige Unternehmer die Kollegen ausgesperrt, die am 1. Mai durch Arbeitsruhe feierten. Früher haben sie das nie getan. Von der Maßregel wurden zwölf Kollegen betroffen, während achtzehn gefeiert hatten. Am 6. Mai wurden sie wieder zur Arbeit zugelassen.

Gau Leipzig.

Am 31. März kündigten die Zeichauer Unternehmer den im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifvertrag. Am 14. April jähmten sie der Zweigvereinsverwaltung das Musterarbeitszeit zu, auf den sie bis zum 15. April (?) Antwort haben wollten. So, sie verlangten sogar, daß die Kollegen diesen Vertrag bis zum 15. April anerkenne sollten. Das konnte natürlich nicht gelingen, und die Unternehmer mussten sich damit abfinden und müssen auch in Verhandlungen einwilligen, die am 26. April stattfinden, aber zu keinem Ergebnis führen, da die Unternehmer keine Zugeständnisse machen wollten. Sie beanspruchten die Arbeitszeit von 9½ auf 10 Stunden zu verlängern und die Aufforbarkeit einzuführen. Die Vertragsbauer stellt zwei Jahre befragt und der Stundenlohn in dieser Zeit nicht erhöht werden. Zieht man in Betracht, daß in unserm Industriegebiet die Wohnungsmieten und Lebensmittelpreise gerade so hoch sind wie in den benachbarten Altenburg, teilweise noch höher, so wird es begrifflich, daß

unsere Kollegen diesem Tarif niemals zustimmen können. Die Unternehmer fühlen sich aber, seit sie dem Arbeitsgeverbund beigetreten sind, sehr stark. Schon am 26. April nahm das Bauunternehmen Orweck & Böttger in Rositz bei einigen Kollegen eine Lohnkürzung von 11 ♂ pro Stunde vor. Bisher betrug der Stundenlohn 46 ♂, und nun wurden den Kollegen bloß 35 ♂ pro Stunde ausgeschüttet. Da Vorstellungen bei diesen Unternehmern erfolglos blieben, wurde über das Bauunternehmen Orweck & Böttger die Sperrung verhängt, worauf die Kollegen, einschließlich familiärer Poliere, die Arbeit niedergelegt. Am Sonntag, 3. Mai, fanden im Beisein des Gauvorsitzenden Jacob wiederum Unterhandlungen mit den Unternehmern statt, wobei uns bis auf die Punkte Lohnkürzung und Aufforbarkeit einigten. Am 4. Mai nahmen unsere Kollegen im Beisein des Gauvorsitzenden Koch aus Leipzig Stellung hierzu. Da unsere Forderung ursprünglich 50 ♂ betrug, wurde auf Anregung des Kollegen Koch beschlossen, um einen längeren Kampf zu verhindern, die Forderung auf 47 ♂ zu erhöhen, wenn die Unternehmer aus § 5. Aufforbarkeit verzichten wollten. Diese Lohnkürzung von 1 ♂ sollte am 1. April 1909 erfolgen. Dies wurde den Unternehmern mitgeteilt. Diese geringe Forderung könnten die Unternehmer zu jeder Zeit befülligen. Von diesem Fügschmuck aus betrachtet es auch unsere Kollegen, die dem Vorschlag des Kollegen Koch zustimmten. Aber sie erachteten einen anderen befreit werden. Die Unternehmer erzielten auf die Zufüllung nicht einmal eine Antwort, sondern vertraten die noch in Arbeit stehenden Kollegen Donnerstag, den 7. Mai, aus. Man erachtet hieraus, daß die Unternehmer gar nicht gewillt sind, Frieden zu haben, sonst hätten sie die minimale Forderung befülligen können. Wenn sie aber den Kampf durchaus haben wollen, so soll es an uns nicht liegen. In Betracht kommen die Bauunternehmen Orweck & Böttger und A. Diez in Rositz und O. Müller in Monstab. Für uns liegt die Situation glinstig, da die meisten Bauten bis zum 1. Juli fertiggestellt sein müssen. Zugang nach hier ist strengstens fernzuhalten.

Gau Nürnberg.

Wie aus unseren bisherigen Berichten hervorgeht, haben wir uns im ganzen Gau mit in einem Ort auf Grund des verabschiedeten Vertragsmusters mit den Unternehmern geeinigt. Alle anderen Unternehmer wollten scheinbar die weiteren Verhandlungen in Berlin abwarten. Als aber der Schiedsentscheid in Berlin gefallen war und die Unternehmer ihm zugestimmt hatten, hätte man doch annehmen sollen, daß dem nun auch in den einzelnen Orten Rechnung getragen werden würde, aber weit gefehlt.

In Alberg und Erlangen haben die Unternehmer ihre Worte gehalten und auf Grund ihrer gemachten Angebote mit uns einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Dagegen wollen die Unternehmer in Rositz a. Sand und Schweinfurt ihre Angebote nicht mehr aufrecht erhalten. In Rositz geben die Unternehmer zwar zu, ein Angebot, wonach für Überlandarbeiter, bei denen ein tägliches Nachhausekommen nicht möglich ist, 50 Lohnaufschlag pro Tag zu gewähren für Überlandarbeiter, bei denen ein tägliches Nachhausekommen nicht möglich ist, 50 ♂ Lohnaufschlag pro Tag zu gewähren sei, gemacht zu haben, ziehen sie aber wieder zurück, weil ihnen angeblich inzwischen eingefallen sei, daß sie dadurch geschädigt würden. Wir hielten an dem ge machten Angebot fest und infolgedessen kam noch kein Vertrag zu stande.

Ein noch tolleres Spiel spielen die Unternehmer in Schweinfurt mit uns treiben zu können. Dort haben am 15. Februar und 5. März Unterhandlungen stattgefunden, wo an die Unternehmer für dieses sowie für das nächste Jahr je 2 ♂ Lohnzulage pro Stunde angeboten haben, was aber zu gering erschien. Die Einigung scheiterte aber hauptsächlich daran, daß die Unternehmer die bisherigen Kostensätze beibehalten wollten. Am 7. Mai verhandelten wir mit den Unternehmern auf Grund des Schiedsentscheides, wonach die Unternehmer die bezüglich des Lohnes zurückzogen, mit dem Vorsitzenden, der Schiedsentscheid kommt für sie deshalb nicht in Frage, weil ihre Verpflichtung die genannten Angebote abgelehnt hätte. Und solches behaupten Unternehmer aus einem Orte, der von Anfang bis Ende drei Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin vertreten war! Ein solches Verhalten können wir an dieser Stelle nicht gebührend kennzeichnen, ohne uns event. gegen die Verteidigungsgraphen zu vergehen, was die meisten Krautern in Schweinfurt nicht wert sind. Sollte es dem Bundesvorstand der Unternehmerorganisation bis zum 15. Mai nicht gelingen, die Schweinfurter auf ihr Angebot zu verpflichten, so werden wir uns dies und vielleicht noch einiges dazu erläutern.

In Nürnberg ist es inzwischen auch zu einem Vertrag mit den Fliesenlegern und den Plattenbergs geschriften. Die von den Unternehmern verlangten Verpflichtungen wurden fast alle zurückgezogen, namentlich die bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit.

Auch in Geraldshöhe ist der Friede eingetragen; der eine Unternehmer, der unsere Forderung nicht befürwortete, wurde nach Ostern gesperrt, und schon nach wenigen Tagen bequemte sich auch dieser den Vertrag zu unterzeichnen.

Fliesenleger.

Die Verhandlungen über Erneuerung des Tariffs in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten haben am 12. Mai in Egen unter Vorstand des Herrn Dr. Wiedfeldt begonnen. Den Verbandsvorstand vertritt Kollege Paeplow.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Verbandskalender 1908. Hiermit zur Nachricht, daß der Zweigverein Königsberg i. Pr. 50 Kalender abzugeben hat. Stellvertreter wollen sich an den Zweigvereinsvorstand wenden.

Stierbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden:

a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Stierbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszu zahlen ist.

geworden ist, die Zeit zur erschöpfenden Behandlung dieser für das gesamte Gewerbe tiefe einfließenden Frage, jedoch in der heutigen Verhältnisstellung zu kurz ist, wurde be- schlossen, erst eine Voraufkontrolle vorzunehmen und dann auf Grund des gewonnenen Materials die Frage der Arbeitsarbeit in einer späteren Versammlung eingehend zu diskutieren. Hierauf schiedliche Kollegen fasste den bisherigen Verlauf der Sperrre über die Firma Schöneweide. Er er- suchte die Kollegen, jeden Vertrag von einzelnen Firmen, den Lohn zu reduzieren, welche zurückzuweisen. Alle Fälle, wo Lohnreduzierungen von den Unternehmern vorgenommen werden, sind sofort der Leitung zu melden. Bejahten werden, den noch im Streit befindlichen Kollegen der Firma Schöneweide von der jüdischen Streitwoche ab, M 2 Miete- unterrichtung zu zahlen, denen würden die Versammelten ihre Entrümpfung darüber aus, daß jehol organisierte Kollegen einer Firma als Streitbeileger Mautseefrieden- leisten, die ständig verucht hat, den Tarifvertrag zu brechen, den Lohn zu reduzieren und die bestehenden Arbeits- bedingungen zu umgehen. Ausgedehnten wegen Streit- brüche wurden die Rabbiner Zohann Kahn, Richard Linau und Adolf Thorle, der Rabbiner Bäumer Frits Peis, die Bemüterter Otto Kasper und Baltazar Meier, der Ein- schafer Ernst Reichel und der Dräger Friedr. Böthe. Den Rassenbericht vom ersten Quartal erstattete Kollege Derfel. Die Einnahme, inslusive alter Bejaende M 44 589,74 , betrug M 18 496,14 , die Abgabe M 582,05 ; hiervon wurden M 1003,59 an den Zweigverein Berlin abgeführt. Bestand der Lokalstofe am Schluß des Quartals M 13 114,39 . Für Errabatteäge wurden eingenommen M 763,00 , für Streitbeiträge M 738,90 . Auf Antrag der Stellvertreter wurde dem Kassierer einstimmig Dediage er- teilt. Wie der Arbeitsnachweis im ersten Quartal funktioniert hat, ist an folgenden Zahlen zu ersehen. Vom 1. Januar bis 1. April sind als arbeitslos 835 Kollegen eingetragen; 682 Kollegen wurden von den Unternehmern verlangt, 251 haben sich fühl Arbeit gejudt. Am Schluß des Quartals waren noch 216 Kollegen arbeitslos ein- getragen.

Cöln. Die hierigen Kollegen befanden sich am Dienstag, den 5. Mai, mit dem Schiedsspruch, Kollege Ruthscheide den Verlauf der Verhandlungen. Er müsse es offen aussprechen, daß der Schiedsspruch den Arbeitern keine Vorteile bringe. Bei der hierigen wirtschaftlichen Situation im Baugewerbe könnte man es aber verstellen, wenn die Unparteiischen zu diesem Ergebnis gekommen seien. Die Vertreter der Arbeiter hätten die Lage genau geprüft; sie hätten sich entschlossen den Spruch anzunehmen. Ruth begründete das diesmal eingetragene Verfahren, in Konferenzen der Vertrauensleute Belegschaften zu fassen. Es sei schwer möglich gewesen, die Mitglieder in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, zu befragen; man hätte diesen Ausweg nehmen müssen. Gingehend erörterte dann der Redner die Lage im Baugewerbe, die Stellung der Unternehmer und alle anderen Umstände, die die Vertreter der Arbeiter zu dem Einschluß drängten, dem Schiedsspruch zuzustimmen. Man habe es mit schwerem Herzen getan, man wisse es genau, daß der Abschluß der Bewegung keine Vorteile für die Arbeiter bringe. Man müsse es aber doch als einen Erfolg der Organisation bezeichnen, wenn es ihr gelinge, in der niedergeschobenen Konjunktur eine Verschärfung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Die Erhöhung der Kollegen müsse sich nur gegen das Unternehmeramt richten; die Arbeiter müßten die wirtschaftlichen Zusammenhänge begeisten lernen und die Organisation mit allen Kräften stärken. Man dürfe den Kampf nicht führen, wenn die Unternehmer ihn wollen, sondern wenn die Arbeiter die Zeit dafür als gekommen erachten. Im Interesse der Einheitlichkeit der Bewegung möchten die Mitglieder dem Schiedsspruch zustimmen und sich mit der Haltung der Organisationsleiter einverstanden erklären. In einer langen, häufig sehr erregten Diskussion wurde das Verhalten der Organisationsleitung schärf verurteilt, ganz besondres wurde getadel, daß man dem Schiedsspruch zugestimmt hat, ohne die Mitglieder zu fragen. Eine Resolution, die in dem Schiedsspruch keinen materiellen Vor teil der Kollegen erbricht, ferner das provozierende Verhalten der Unternehmer des Baugewerbes schärf verurteilt, aber unter den gegenwärtig äusserst ungünstigen Verhältnissen dem Belegschaft der Konferenz zustimmt, wurde abgelehnt. Dagegen folgende Resolution, mit 56 gegen 46 Stimmen und 104 Stimmenabstimmungen angenommen: Die heute, am 5. Mai, im großen Saale des Volkshauses zu Cöln tagende Versammlung der Maurer Cölns nimmt Kenntnis von den gestrigen Taxiverhandlungen. Die Verhandlung mißbilligt aus Jhdärste, erstens die allzu große Nachgiebigkeit des Verhandlungsteilnehmers, zweitens die Art und Weise, wie man die Zustimmung der Mitglieder zu dem gefallenen Schiedsspruch der drei Unparteiischen erreicht hat und weitere Zustimmung zu erweichen sucht. Statt die Mitglieder über den Ausbruch der Beilegung des Kampfes zu fragen, diktieren die Unterhändler, und die Mitglieder müssen gehorchen. Die Versammlung erklärt, daß sie keineswegs mit diesen geerteten Vorbeben zufrieden oder einverstanden ist und daß sie gewillt ist, bei erster Gelegenheit, das Doppelte herauszuholen, was jetzt nachgefragt worden ist. Weiter profiliert sie ausdrücklich gegen das Verfahren bei Abstimmung auf wichtigster Angelegenheit aufs entschiedenste und macht von weiteren solchen Handlungen ihrer Mitgliedschaft abanoia."

halig. — Eine Versammlung der Zahlstelle St. Jüppen fand am 4. Mai statt, beschäftigte sich gleichfalls mit dem Schiedsspruch und der Konfession in Hagen; es wurde dort nach einer längeren Diskussion die Taktik der Organisationsleitung gutgeheißen.

— An einer Versammlung am 7. Mai in der Zahlstelle Mühlheim a. Rh. wurde nach einer längeren, lebhaften Diskussion folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung der Bahnstelle Mühlheim a. Rh. kann das bisherige Resultat der Lohnbewegung, insbesondere den in Berlin gefälschten Schiedsspruch, als einen materiellen Vorteil für die Arbeiter des Baugewerbes nicht anerkennen. Die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß angesichts der teuren Lebensverhältnisse eine Erhöhung des Einkommens un-

bedingt notwendig war. Wenn die Arbeitgeber des Bau- gewerbes trotzdem rücksichtslos jegliche Erhöhung des Lohnes ablehnten, so den Kämpf probotierten, so verurteilte die Versammlung dies aufs entschiedenste. Die Versammlung erklärt sich trotzdem mit der Haltung des Verbands- vorstandes und der Abstimmung der Zweigvereinsdelegierten auf der Konferenz in Hagen einverstanden, weil angefachter der Wirtschaftsseite ein Kampf um bessere Lohnbedingungen unmöglich ist. Die Kollegen versprechen, die Organisierung darunter zu fördern und auszubauen, daß der Ablauf des jetzt abzuschießenden Vertrages bei wesentlich günstigerer Konjunktur den Arbeitgebern die richtige Antwort auf ihr jetziges Verhalten erzielt werden kann."

— Die Bürger und Füger von Gönn und Umgegend hielten am 6. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit dem Angebot der Spezialgesellschaft der Gips- und Zementbranche beschäftigte. Nach einer längeren, lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „Die heute, am 6. Mai, laiegende gut befürchtete Generalversammlung der Bürger und Füger nimmt Kenntnis von dem Angebot der Unternehmer und ist insofern mit dem Vorschlage des Herrn Thiemann einverstanden, daß der Vertrag auf zwei Jahre abgeschlossen wird, ohne daß die jetzt bestehenden Altsortenfahrzeuge erhöht werden. Sie beauftragt aber die Kommission, nur dann den Vertrag ihre Zustimmung zu geben, wenn noch einzelne Positionen sowie die Schlussbestimmungen neu aufgenommen werden, damit die Wohlbelehrten, wie sie jetzt zwei Jahre bestanden haben, befeitigt werden.“ Eine Resolution gegen die Tatsit der Verbandsleistung und der Konferenz in Hagen wurde abgelehnt.

Eßen a. d. R. Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. Mai, nahmen die Arbeiterschaften Eßens, Rellinghausen und Rothausen Stellung zum Schiedsspruch. Unbezahlt wurde betont, daß er nicht befriedige. Nicht in der geringsten Weise seien bei diesem Spruch die Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigt worden. Die augenblickliche Situation sei jedoch nicht angeht, in dieser Zeit einen Kampf mit den Unternehmen aufzunehmen. Dem Schiedsspruch wurde daher in allen Versammlungen mit großer Majorität zugestimmt.

Kreisbau. Die Kollegen fordern nicht eine Lohnzulage von 2,-, sondern von 7,-, was zur Richtigstellung des Vertrags in Nr. 18 vermerkt sei. Die falsche Meldung muss auf einem Schreib- oder Drudfehler beruhen.

Frankenberg. Sonnabend, den 2. Mai, tagte hier eine öffentliche Mauerwerksversammlung. Die Besucher kamen nicht auf ihre Rechnung; denn der von der Gauverwaltung verprobte Referent war nicht erschienen. Kollege Hahn gab einen kleinen Überblick über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Im Anschluß hieran wurde noch eine kleine Diskussion beliebt. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut: „Die am 2. Mai tagende Versammlung sieht in der Abwesenheit des zugezogenen Referenten eine Pflichtverstößung und willigt mit aller Energie das Verhalten der Gauverwaltung.“ In nächster Zeit wird nun wieder eine Versammlung stattfinden.

Hannover. Hier fand am 28. April die regelmäßige Quartalsversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kollegen Olighoff und Reese in der höchsten Weise geehrt. Der Vorsitzende gebaute namentlich des ersten, der schon seit 1891 dem Verbande angehört, mit Fachverein mit übergetreten war und stets für die Vereinigung der gewerkschaftlichen wie der politischen Partei bis zum letzten Augenblick gekämpft habe. Die nun von Kassierer verlesene Abstimmung zeigt folgendes Bild: 1. Abrechnung der Haupthaftung: Einnahme: An 28 Eintrittsmärchen a 50,- gleich M 14; an 7 Eintrittsmärchen a M 1,50 gleich M 10,50; in 11853 Beitragsmärchen aller Arten a M 649,70; 8 Erstzulässigkeiten 75,-; Summa M 6500,45. Ausgabe: An die Haupthaftung abgezahlt M 500,51; für Streits M 1765,15; für Leistungserstattung M 813; für Rechtsföhrt M 58,60; für Krankenunterstützung M 1267,65; für Sterbenunterstützung M 415; Anteil des Zweigvereins an den Beiträgen M 1084,54; Summe der Ausgabe M 6500,45. 2. Lofatafel. Einnahme: Kassenbestand M 106,20; 63 Anteile an den Beiträgen M 1890,54; 11 048 örtlicher Briefgäng M 5 gleich M 55,24; für 40 Müttermärchen a 50,- gleich M 20; für 19 Prototypale M 3,80; für 101 Kalender M 50,50; für 1 Futterale, M 2,10; an Jinzen M 231,29; an Sonstiges M 52,55; Summa der Einnahme M 18 213,53. Ausgabe: an Schriften M 7,50; für Streits M 51,90; Bibliothek M 54,20; Ortsversammlung M 1; Agitation M 138,25; Delegation zur Hauptversammlung M 148; Ehrengeschenk der Kollegen M 18,20; an den Vorsitzenden M 555; an den Kassierer M 73; für Sungenen M 80,30; für Revisionen M 20; für Versicherung M 20,37; für sonstige persönliche Ausgaben M 12,50; für Bureauosten M 51,64; für Porto M 340,84; für Schreibmaterialien M 24,70; für "Grundstein" Voltparage M 1080,72; für Annonen M 11,15; für Telefongebühren 49,05; für Zeitungen M 15,79; für Straßenbahn M 10,35; für Rechtsanwalt M 12,25; für Reparaturen M 10; für Büchse in Bureau M 157,50; dem Referatsfonds überreichen M 502,40; Sonstiges M 24,40; in Summa M 3529,01. Kassenbestand also M 6981,52. Die Zahl der Mitglieder betrug am Quartalsabschluß 2748; darunter befinden sich neun Hemmfreunde. Im Laufe des Vierteljahrs sind 35 Mitglieder neu eingetreten, fünf ausgetreten, drei verstorben.

never neu eingetreten, fünf ausgetreten, drei geforben, vier wurden ausgeschlossen. Nachdem befunden worden, daß alles in bester Ordnung befunden wurde, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für den verstorbenen Kollegen Oligmüller wurde Schüllig als Revisor gewählt. In Bezug auf die diesjährige Maifeier entspann sich eine lebhafte Debatte, genommen wurde der Antrag des Vorstandes, der da steht: „Es wird den Kollegen anheimgegeben, den 1. Mai eine Arbeitsruhe zu begehen, wo es ohne Schädigung möglich ist. Unterstüzung wird nicht gewährt.“ Betriffs der Werke der Gummifabrik Germania-Misburg legte Günther die Verhältnisse klar. Es stellten die Misburger den Antrag, Kollegen von Hanover und Misburg zu wählen, die Sache untersuchen, die Namen der „Arbeitswilligen“ zu stellen und in nächster Versammlung Bericht erstatten, die Kommission wurde gewählt Knauer und Günther aus Misburg, Wagmann, Berfeld und Lönne aus Hannover. In Misburg wurde Miss Weißhaar gewählt.

das neue Vereinsgesetz in Kraft trete und dementsprechend die polizeiliche Überwachung fortalle; er ersuchte, dafür einzutreten, daß die Frauen-Mitglieder des Wahlvereins werden.

Königsberg, Binten. Die Bintener Unternehmer haben ihr Wort, die elfstündige Arbeitszeit einzuführen, nicht gehalten. Es soll also weiter 12 bis 13 Stunden gearbeitet werden. Die Kollegen sind durchaus nicht gewillt, sich dies länger gefallen zu lassen, und werden in einer Zeit ihre Forderung etwas dringender wiederholen. Welche Geistesgegenwart in Binten Bauunternehmer sind, zeigt die Antwort des Unternehmers Grenzen auf unsere Forderung. Er schreibt an unseren Kollegen Kriese:

Auf ihr antrag von Heute Teile ich gahn wie ergebnens mit das in keinen Bormund brauche ich gahn wie mir geder gesell arbeit. Bitte mir nicht noch mals mit der Artige Roniere zu belästigen.

Die Schrift oder vielmehr die Gräben fürs Rösten zu
richtige Papiere zu befestigen.

Die Schrift oder vielmehr die kräfthigen können wir leider ebenso schön wie die Orthographie. Solch eine Geistes-
größe herrscht nun im Binterer Baugewerbe wie der Bar in Russland. Was sich leider unsere Kollegen in Ostfriesland noch alles bieten lassen, das zeigt folgender Fall: Ge-
nannter Unternehmer hat Arbeit in Lichtenhagen. Die
Kollegen, die dort arbeiteten, mußten im Fußthal auf
Sement schlafen. Der eine, der vor den Köpfen der Kühe
lag, hatte sich mühsam etwas Stroh zusammengefucht.
Jedoch, die Kühe hatten auch großen Hunger, und in der
Nacht hatten sie ihm das bisherige Stroh noch unter die
Wege gesprengt. Dem andern Kollegen erging es noch
schlimmer. Er hatte sein Lager hinter den Kühen auf-
gestellt, um seine Schweinefleder nicht dem Heißhunger
der Kühe preiszugeben; jedoch auch er sollte seine Un-
annehmlichkeiten haben. In der Nacht hatte eine Kuh ge-
kämpft, und das kleine Vieh war schon so fräftig auf den
Beinen, daß es eine Wanderung unternahm und über
unseren Kollegen humpelte und diesem einen nicht geringen
Schred einjagte. So humoristisch die Sache Klingt, so tie-
ratisch ist es aber doch, daß sich unsere Kollegen solche
Schädlager gefallen lassen müssen. Es wird noch recht viel
Institutionsarbeit notwendig sein, um die Kollegen in diesen
ueßändigen Orten zu Klosterhöfen zu erziehen.

Mittweida. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Mauererversammlung mit der Zusammensetzung: „Die Situation im Baugewerbe mit besonderer Berücksichtigung des in Berlin gefallenen Schiedssprungs“. Gauleiter 8. Jatzl erstattete Bericht über die Unterhandlungen in Berlin, und empfahl den gefallenen Schiedsspruch anzunehmen, da in Unbedacht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Kritik absolut nicht mehr zu erreichen gewesen sei; er wies auch auf den hohen Anspruch für Baugelder hin und meinte, daß wir in dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Niedergang keine Angriffskämpfe führen sollten, sondern wir müssten alle verfügen, um das durch Jahrzehnte indirekt Erreichte zu verfestigen und festzuhalten. Die Internebfmeorganisation hatte sich schon seit dem Jahre 1908 vorbereitet, um einen großen Vernichtungsfeldzug gegen uns vorzunehmen und die Kassen zu sprengen; den Kampf wölkten sie auf alle Fälle, es wäre dies den Herren auch erlaubt, wenn unsere Vertreter nicht Einsicht genug geahnt und dem Schiedsspruch zugestimmt hätten. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, bei den gegenwärtigen Verhältnissen und der Ruppigkeit der Unternehmer in diesem Jahre noch mehr Worte für uns herauszuschlagen. Es ist aber erreicht worden, daß eine Lohnverhinderung nicht aufzutreten darf. Die Diskussion war lebhaft; es war einzuräumen, zur Ablehnung des Schiedsspruchs vorzuhandensein. Kollege Potrat dafür ein, den Schiedsspruch anzunehmen; warnte die Kollegen vor Ablehnung, da dies an der Sache nichts ändern könne. Kollege Hoenfelder trat ebenfalls ein, und wies auf die Berliner Maurer hin, die voriges Jahr den Schiedsspruch ablehnten und die schlechte Erfahrung darum machen. Der Schiedsspruch wurde bei der Abstimmung angenommen. Zur Kennzeichnung der Situation mag folgendes dienen: Trotz der Auseinandersetzung der Unternehmer gegenüber unserer Bahninstanz, den alten Tariflohn, § 23, solange weiter zu zahlen, bis ein neuer Tarif vorliege, brachte Unternehmer Eichler es fertig, Löhne von 10 bis 25 und 30 § bezahlen. Allerdings erhielten diese Löhne nur schwach eingezogen, aber das ändert nichts an der Sache, denn selbst Unternehmer bezahlte voriges Jahr niedrige Löhne schon § 11 3 pro Stunde. Zwei Jahre Kollegen erhielten drei Wochen 25 § pro Stunde. Die vierte Woche Herr Eichler, daß der Lohn von 25 § zu hoch sei; er habe ihn deshalb auf 10 § herab; der Vorwiegende wurde bestellt, und die Antwort des Herrn Eichler lautete: „as mag ich doch wie ich will, darüber lasse ich mir keine Vorwürfe machen, was ich für Lohn lasse, wenn es nicht ist, der mag seiner Wege gehen“. Der Kollege ging zum Gewerbegeger, und dort mußte sich Herr Eichler beklagen, den rückständigen Lohn zu bezahlen. Auf die Frage des Herrn Gewerbeberichters, was für Gründe vorliegen, den Maurer 10 § zu bezahlen, sagte Eichler, er solle beweisen, daß nicht jeder herkommen könne und sagen, sei Maurer, der nichts gelernt habe. 1905 während des Auseinandersetzungs geschah Herr Eichler nicht danach, ob einer was gelernt habe, da bezahlte er den größten Pfuscher, der mehr Lohn als die hiesigen leistungsfähigen Kollegen zahle.

Newburg a. d. D. Sonntag, den 26. April tagte hier die öffentliche Bauarbeiterversammlung, die zahlreich auftrug war. Kollege Städler aus München war als Vertreter erschienen. Die Tagesordnung lautete: Wollen Ferent an die Bauunternehmer einen Tarif eintheilen? Der Ferent betonte, daß es für uns notwendig sei, einen Tarif abzufüchten, weil sonst die Unternehmer bei schlechter Baufolgezeit nach ihrem Belieben den Stundenlohn festsetzen. Der Kollege Städler ermahnte alle Bauarbeiter, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, dem Verband der Maurer oder dem der Bauhülfearbeiter anzuschließen, um einen Tarif, wie er jetzt in dieser Feuerung notwendig ist, zu Stande zu bringen.

Triebes. Am 3. Mai fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die, wie jedesmal, schwach besucht.

richtig befunden wurde. Hierauf berichtete der Vorsitzende über die Tätigkeit der allgemeinen Ortskrantentasse im vergangenen Jahre. Unter „Berechtes“ rückte der Vorsitzende, daß die am Abend des 1. Mai veranstaltete Maifeier von den Maurern sehr schlecht besucht war, und wünschte, daß derartige Veranstaltungen in Zukunft besser gewünscht würden. Weiter teilte er mit, daß sich zwei unorganisierte Kollegen, trotz aller Bemühungen, sie zu organisieren, bis heute noch nicht organisiert hatten. Er will sich noch einmal für die Sache verwerben. Dann kam die Bekleidung des Vorsitzenden durch zwei Kollegen zur Sprache. Die Angelegenheit wurde in Güte geschlichtet. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen in Zukunft zahlreicher in der Versammlung erscheinen möchten, wurde die Versammlung geschlossen.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer und Baugärtnerarbeiter. Sie befaßte sich mit dem in Berlin gefällten Schiedsentscheid. Kollege Klein schilderte zunächst den Gang der Verhandlungen wie auch die gegenwärtige Stellung in eingehender Weise. Er führte an, daß der gefällte Schiedsentscheid bei weitem nicht den Erwartungen und berechtigten Wünschen der Kollegen entspreche. Auch entspreche es nicht dem demokratischen Prinzip, daß der gefällte Spruch endgültig von der Lohnkommission akzeptiert wurde. Zum Schluß empfahl Redner aber angehieft der Situation die Annahme des Schiedsentscheides. In lebhafter Diskussion wurde von mehreren Kollegen der Progenialpunkt der Unternehmer scharf verurteilt, es wurden aber auch die Befestigungsarbeiten unseres Vertreters als etwas zu weit gehend bezeichnet. Urfache sei wohl der Ausgang des vorjährigen Berliner Kampfes. Ferner wurde das Verhalten der Lohnkommission einer Kritik unterzogen. Im Interesse der Allgemeinheit und um die Disziplin zu wahren, wurde dem Schiedsentscheid zugestimmt. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Die Abrechnung des christlichen Bauarbeiterverbandes für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1907 weist für den Jahresabschluß 42087 Mitglieder nach. Die entsprechende Mitgliederzahl für das Jahr 1906 war 38076, die Einnahme im Berichtsjahr beträgt demnach 4011 oder 9,08 vgl. Aus der folgenden Aufstellung ergibt sich, auf welche Landesteile der Mitgliedergegenstand entfällt. Es waren Mitglieder:

Im Bezirk	Im Jahre 1906	Im Jahre 1907	zu (+) resp. Abnahme (-)
Baden-Württemberg	1003	1191	+ 188
Brandenburg-Pommern	1871	983	- 888
Bochum	9957	8596	- 1361
Hagen	1094	902	- 192
Hannover	8333	8282	- 101
Cöln	4957	5678	+ 716
Mitteldeutschland	2473	2837	+ 364
Münster	2945	8156	+ 211
Niederrhein	3030	8457	+ 427
Nordbayern	839	1826	+ 487
Oberschlesien	687	1027	+ 340
Ostpreußen	1581	1728	+ 147
Waderborn	—	2257	+ 2257
Bohmen-Schlesien	1614	2000	+ 386
Württemberg	1518	1287	- 226
Südbayern	408	942	+ 534
Westpreußen	1821	1254	- 67

Der Mitgliederverlust in Brandenburg-Pommern ist auf den Umzug in Berlin zurückzuführen, der in Bochum ist nur scheinbar, denn von diesem ist der Bezirk Bochum neu gebildet worden. Rechnet man eins gegen das andere, so ergibt sich auch hier ein Gewinn von 896 Mitgliedern. Sonst ist nur der Rückgang im Saarbezirk bemerkenswert. Neuaunahmen vollzog der Verband im ersten Halbjahr 18787, die Summe betrug aber bloß 4034, es gingen also wieder verloren 14753; im zweiten Halbjahr wurden 9886 aufgenommen und die Mitgliederzahl sank trotzdem um 23, nämlich von 42110 auf 42087. Für das ganze Jahr stehen also 28628 Neuaunahmen nur 1811 gewonnene Mitglieder gegenüber.

Der Rückgang der Baufähigkeit im zweiten Halbjahr hat dem bis dahin ruhigen Wachstum des christlichen Verbandes ein schnelles Ende gemacht. Die Tatsache ist an und für sich natürlich, und

wenn wir sie hier besonders konstatieren, so tun wir es nur um etwaigen drastischen Schlußfolgerungen in Bezug auf unsere Gewerkschaften vom vorherigen den Boden zu entziehen. Der Verband nahm im zweiten Halbjahr 1907 ein an. Eintrittsgeldern M. 4918, an wöchentlichen Beiträgen M. 406279, an Extrabeiträgen (dabei auch örtliche Zusatzbeiträge und Agitationbeiträge) M. 92442. Die Einnahme der Hauptkasse betrug im ganzen Jahre 1907 M. 660289, die Ausgabe für dieselbe Zeit M. 495588, so daß also bei der Hauptkasse eine Vermögensvermehrung um M. 164680, oder von M. 178143,87 auf M. 387824,27 eintrat. Dazu kommen noch Kassenbestände der Volkskasse im Betrage von M. 114186,42, die das Gesamtvermögen auf M. 452010,69 oder auf M. 10,73 pro Kopf bringt. Eine Aufzählung der einzelnen Aufgabeposten wollen wir für diesmal unterlassen; wenn der Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften vorliegt, dürfte sich Gelegenheit bieten, im Zusammenhang darauf zurückzuführen.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer und Baugärtnerarbeiter. Sie befaßte sich mit dem in Berlin gefällten Schiedsentscheid. Kollege Klein schilderte zunächst den Gang der Verhandlungen wie auch die gegenwärtige Stellung in eingehender Weise. Er führte an, daß der gefällte Schiedsentscheid bei weitem nicht den Erwartungen und berechtigten Wünschen der Kollegen entspreche. Auch entspreche es nicht dem demokratischen Prinzip, daß der gefällte Spruch endgültig von der Lohnkommission akzeptiert wurde. Zum Schluß empfahl Redner aber angehieft der Situation die Annahme des Schiedsentscheides. In lebhafter Diskussion wurde von mehreren Kollegen der Progenialpunkt der Unternehmer scharf verurteilt, es wurden aber auch die Befestigungsarbeiten unseres Vertreters als etwas zu weit gehend bezeichnet. Urfache sei wohl der Ausgang des vorjährigen Berliner Kampfes. Ferner wurde das Verhalten der Lohnkommission einer Kritik unterzogen. Im Interesse der Allgemeinheit und um die Disziplin zu wahren, wurde dem Schiedsentscheid zugestimmt. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer und Baugärtnerarbeiter. Sie befaßte sich mit dem in Berlin gefällten Schiedsentscheid. Kollege Klein schilderte zunächst den Gang der Verhandlungen wie auch die gegenwärtige Stellung in eingehender Weise. Er führte an, daß der gefällte Schiedsentscheid bei weitem nicht den Erwartungen und berechtigten Wünschen der Kollegen entspreche. Auch entspreche es nicht dem demokratischen Prinzip, daß der gefällte Spruch endgültig von der Lohnkommission akzeptiert wurde. Zum Schluß empfahl Redner aber angehieft der Situation die Annahme des Schiedsentscheides. In lebhafter Diskussion wurde von mehreren Kollegen der Progenialpunkt der Unternehmer scharf verurteilt, es wurden aber auch die Befestigungsarbeiten unseres Vertreters als etwas zu weit gehend bezeichnet. Urfache sei wohl der Ausgang des vorjährigen Berliner Kampfes. Ferner wurde das Verhalten der Lohnkommission einer Kritik unterzogen. Im Interesse der Allgemeinheit und um die Disziplin zu wahren, wurde dem Schiedsentscheid zugestimmt. Hierauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betrug insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung zu verschaffen. Ein am 1. Mai an den Arbeitgeberverband gerichtetes Schreiben hat diesen innerhalb einer Woche noch nicht beantwortet. Wir haben uns nun an den Vorstand des Provinzialverbandes gewendet.

Witten a. d. R. Freitag, den 8. Mai, tagte hier eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wurzen. Die Maurer hatten für Freitag, den 24. April eine öffentliche Versammlung einberufen, in der auch Vertreter anderer Bauteile mit erschienen waren. Der Besuch war gut. Auf der Tagesordnung stand zunächst ein Vortrag über: „Die Bedeutung der Maifeier“. Das Referat hielt Genosse Müller. Der Vortrag wurde sehr befallig aufgenommen. Im Sinne des Referenten sprachen dann noch verschiedene Kollegen. Alsdann erstattete Kollege Wicht den Quartalsbericht. Die Mitgliederzahl betrug 193. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse schließt mit M. 496,40 ab. Die Einnahme der Volkskasse betragt insl. Kassenbestand M. 1012,59, die Ausgabe belief sich auf M. 115,08. Zum Schluß wurde aufgefordert, die Maifeier möglichst zu erweitern und die Maifeierzeitung zu verbreiten.

Wongrowitsch. Hier fand am 30. April eine Maurerversammlung statt, die sich eines guten Ausreise freute und sich mit dem bestehenden Lohnkatalog beschäftigte. Nach dem Vorjahr geschlossene Lohnkatalog wurde am 1. April dieses Jahres an Stelle der zehnthalbfindigen die zehnfindige Arbeitszeit treten und der Lohn von 40 auf 42 erhöht werden. Die zur Zeit noch herrschende minimale Beschäftigung mägen sich die Unternehmer zu nutzen, indem sie die fällige Lohnhöhung nicht zahlen; nebenbei verhindern sie auch noch durch die Heranziehung fremder Arbeitskräfte und Protektionierung eines politischen Verbandes die Verhinderung der Arbeitnehmer zu fördern. Die Versammlung beauftragte die Lohnkommission, energische Schritte einzuschlagen, um dem Vertrag Geltung

Gesetz, so entscheidet hierüber die zuständige Tarifverhandlungskommission nach ihrer Norm unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Falles."

In der Begründung heißt es zwar, durch das Entscheidungsrecht der Tarifverhandlungskommission würde die Befürchtung ausgeräumt, als ob durch diese nur für Ausnahmefälle vorgesehene Lohnänderungs-Möglichkeit häufiger regelmässig neben dem allgemeinen Mindestlohn noch ein zweiter Mindestlohn eingeführt werden könnte, was selbstverständlich gänzlich ausgeschlossen bleiben muss."

Man muss aber doch abwarten, ob sich diese Kommissionen dazu geeignet erweisen. Die Erfahrungen mit diesen kleineren Kommissionen, die wir im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gemacht haben, sind nicht besonders ermutigend. Die Kontrolle einer grösseren Deffentilität fehlt, preisen die Unternehmen oft auf alle Versprechungen. In dieser Hinsicht werden diese Kommissionen die Bedeutung eines nicht unwichtigen Experiments haben.

Generalversammlungen:

Steinarbeiter. In Cassel wurde vom 6. bis 11. April der dritte Verbandstag des Centralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands abgehalten. Anwesend waren 84 Delegierte. Die Mitgliederzahl ist von 18 402 im Jahre 1906 auf 19 175 im Jahre 1907 gestiegen, ein Mehr von 73, gleich 4,2 %. Durch die Einführung der Kranenzuläufung ist die Fluktuation der Mitglieder eingedämmt worden. Zum Verband bestehen zur Zeit 154 Tarife und vier mündliche Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen. 1907 wurden 53 Lohnkämpfe geführt, die reichlich 180 000 Kosten verursachten. Das Resultat der Lohnbewegungen war eine Ganztarifzuläufung um 6710 Stunden wöchentlich, die 1763 Kollegen zur gute fand, Erhöhung der Stundentlöhne von 2 bis 10 % sind zu verzeichnen; die Erhöhung der Altfabrikarifze bewegen sich zwischen 2 und 25 %. Die Gesamteinnahme betrug in der Berichtszeit M. 922 614,00, die Gesamtausgabe M. 571 288. Das Verbandsvermögen betrug am 1. April 1908 M. 365 096. Unter der Ausgabe befinden sich M. 34 457,71 für Agitation. Die Auflage des Verbandsorgans schwankte 1907 zwischen 23 000 und 24 000 Exemplaren. Über Streiks und Tarifkämpfen referierte Redakteur Staudinger. Die Streikunterstützung soll fünfzig vom vierten Tage an gewährt werden, und bei einem Beobachtungszeitraum von 45 J. M. 9, bei 50 J. M. 10,50 und bei einem solchen von 55 J. M. 12 und für jedes Kind unter 14 Jahren in allen Klassen M. 1,00 pro Woche betragen. Wenn bei Streiks verhinderzte Mitglieder das Ziel nicht verlassen, so soll den Familien die Hälfte der Streikunterstützung solange gewährt werden, wie die Arbeitslosigkeit infolge des Streiks dauert. Auch soll den fremdsprachigen Arbeitern bei Streiks eine einmalige Abreiseunterstützung, deren Höhe Vorstand und Gauleiter bestimmen, gezahlt werden. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung wurde abgelehnt. Dagegen wurde der Vorstand beauftragt, monatlich Statistikblätter auszugeben, um Material zur Vorlage einer Erwerbslosenunterstützung für den Verbandstag im Jahre 1910 zu gewinnen. Ein Antrag: "Der Vorstand hat die Wege zur Verhinderung eines gemeinsamen Bauarbeiterverbandes eingeräumt, wobei jede jetzt bestehende Organisation als Sektion weiter zu bestehen hat, wenn selbige 25 000 Mitglieder zählt", wurde dem Vorstand zur Verücksichtigung überwiesen.

Dachdecker. Der Centralverband der Dachdecker hielt vom 21. bis 24. April in Mainz seinen neunten Verbandstag ab. Es waren 28 Delegierte erschienen. Die Mitgliederzahl ist von 5180 im Jahre 1905 auf gegenwärtig 6084 gestiegen. Die Einnahmen betrugen in den zwei Jahren M. 247 495,56, die Ausgaben M. 229 050,21. Unter anderem wurden ausgegeben für Reiseunterstützung M. 11 189,09, für Streikunterstützung (hauptsächlich bei der Ausperrung in Berlin) M. 128 413,71, für Rechtsdruck M. 1892,21, Sterbegeld M. 6103,80. Die Lohnbewegungen und die Streiks wurden jährlings mit Erfolg durchgeführt. Gänzlich erfolglos war nur ein Streik in Frankfurt a. O. Zu Berlin, Rheinland und Westfalen wurde je ein Gauleiter eingefordert. Beschllossen wurde, die Gauleitungen auf Kosten der Centralstelle anzustellen. Die Gauleiter sollen zu diesem Zwecke 5 % ihrer Einnahmen abgeben. Mit der Beitragsfrage beschäftigten sich nicht weniger als 42 Anträge. Der Vorstand wurde einer Beitragserhöhung dringend befürwortet unter Hinweis darauf, dass die Bauhülfearbeiter trotz ihrer niedrigeren Stundentlöhne seitens höheren Beiträge zahlen als die Dachdecker. Aus der Debatte darüber ging hervor, dass die kleineren Zahlstellen fast alle für Beitragserhöhung waren, während die grösseren Vedenen dagegen hielten. Es wurde beschlossen, den Beitrag folgendermaßen zu regeln: 1. Klasse (bis 42 J. Stundentlohn) 10 % wöchentlich, 2. Klasse (bis 47 J.) 15 %, 3. Klasse (bis 52 J.) 20 %, 4. Klasse (bis 57 J.) 25 %, 5. Klasse (bis 62 J.) 30 %, 6. Klasse (bis 67 J.) 35 %, 7. Klasse (bis 72 J.) 70 % und 8. Klasse (über 72 J. Stundentlohn) 75 %. Extraarbeitslöhne sollen wegfallen; dafür kann im Nofalle ein doppelter Beitrag erhoben werden. Mitglieder, die vorübergehend in anderen Berufen arbeiten, sollen mindestens 40 % Beitrag zahlen. Die Reiseunterstützung wurde auf M. 1 erhöht (Höchstbetrag M. 20). Die Umgangunterstützung wurde auf M. 10 für 10 bis 20 Kilometer, bis M. 30 für mehr als 50 Kilometer festgesetzt. Die Sterbeunterstützung steigt von M. 20 in der ersten und M. 55 in der achten Klasse bis M. 80 und M. 120. Die Streikunterstützung beträgt nach halbjähriger Mitgliedschaft M. 2 täglich in der ersten bis M. 3,10 in der achten Klasse, für Mitglieder, die dem Verband noch kein halbes Jahr angehören, M. 1,50 bis M. 2,65. Die Krankenunterstützung beträgt nach zweijähriger Mitgliedschaft täglich 80 % bis 90 % bis zur Dauer von 90 Tagen. Nach vierjähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung um 60 % wöchentlich und von da an alle zwei Jahre um 30 % bis zu einer Höhe von M. 450 bis M. 720. Vom 1. Januar 1908 an soll das Verbandsorgan wöchentlich erscheinen. Eine Preiskommission wurde nicht wiedergebildet, sondern deren Beauftragte wurden dem Vorstand und dem Ausschuss übertragen.

Eingegangene Schriften:

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 32. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Hefts heben wir hervor: Was der preussischen Volksküche fehlt. Von Heinrich Schulz - Ausbau der Arbeiterschule und Fortbildung ihrer Beamten. Von Arbeiterschulrat Dr. Frank (Frankfurt a. M.) - Die Sozialdemokratie in Finnland. Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus.

Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenumrissen stehen jederzeit zur Verfügung. Preis M. 14. Wir kommen auf das Werk noch zurück.

Die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung in der Zeit von 1896 bis 1906, von Dr. W. Hirschfeld, Verlag von G. Fischer-Jena. Preis M. 14. Wie kommen auf das Werk noch zurück.

Gewerkschaftsbewegung und Alkoholfrage. Von W. Bissell, Arbeiterschulrat. 1. bis 10. Tausend. 82 Seiten. Preis 10,-. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiterschulentenbung: Johannes Michaelis, Berlin O 17, Lange Straße 11.

Aus dem Schöpfe der Gewerbe-Inspektionsberichte hat der Verfasser eine grosse Anzahl von Tatsachen gesammelt, die sehr treffend zeigen, dass der Alkoholismus noch ausgefest in der Arbeiterschaft wütet. Trotzdem gelingt aber der Nachweis, dass seit einigen Jahren eine wesentliche Abmilderung eingetreten ist, um die noch zu beobachten, verlangt der Verfasser von der Gewerkschaftsbewegung auch eine direkte Bekämpfung des Alkohols. Er schliesst mit den Worten: "Verstehst sich die Gewerkschaftsbewegung zu diesen Vorgängen, so wird auch im privaten Leben des Arbeiters die Wirkung nicht ausbleiben, die Triumphen werden gebrochen, neue Bedürfnisse, das Verständnis und das Empfängnis für höhere Genüsse werden geweckt, und das Verlangen, wie zu predigen, wird verstärkt werden."

Das Proletariat und die russische Revolution. Von A. Fischer et al. Mit einer Vorrede von H. Roland-Holst und einem Anhänger vom Überleger S. Lewitin. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. XVI und 170 Seiten. Preis brosch. M. 1,20, geb. M. 1,50. Aus dem Inhalt heben wir hervor: I. Die Wurzeln der Revolution. II. Der dem 22. Januar 1905. III. Von 22. Januar bis zum 31. Oktober 1905. IV. Der Oktobersturm. V. Von 31. Oktober bis zum Dezemberberaufstand. VI. Der bewaffnete Aufstand im Dezember. VII. Nach der Niederlage. - Das Jahr 1907. Ein Anhang von S. Lewitin.

Der "Wahre Jacob" Nr. 10 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt erwähnen wir: die beiden farbigen Bilder: "Die ersten Flucht" und "Aus Korfu". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 %.

Briefkasten:

* An die Berichterstatter, die ihre Berichte in *Maschinenbau* schicken, richten wir die dringende Bitte, dabei die normale Weite von ungefähr einem Zentimeter zwischen den eingelagerten Zeilen einzuhalten. Zu eng, geschriebenes Manuskript erfordert uns und den Sägen die Arbeit sehr, und da das nicht die Absicht der Kollegen sein kann, so erwarten wir von den Betreffenden Besserung.

* Einige erst am Montag eingegangene Berichte mussten zurückbleiben.

Nabob, S. W. Die Geschichte ist denn doch zu klein, um im "Grundstein" veröffentlicht zu werden.

Posen, J. M. Wir haben dafür keine Verwendung.

Krappis, J. N. Nicht zur Aufnahme geeignet.

Templin. Wer eine gute Sache vertritt, soll uns gegenüber seinen Namen nicht verheimlichen. So können wir mit der Geschichte nichts anfangen.

Hannover. Die Veröffentlichung der Namen der ausgeschlossenen Kollegen ist Sache des Verbandsvorstandes, die Redaktion hat damit nichts zu tun.

Anzeigen:

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zählstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Osnabrück. Für die Zweigvereine der Maurer und Bauhülfearbeiter Osnabrück wird ein

Zofalbeamter

gesucht. Bedingung ist eine vierjährige Gewerkschaftsangehörigkeit, Kenntnis der modernen und gegenwärtigen Arbeiterbewegung sowie der Verwaltungsgeschäfte und gute rednerische Fähigkeiten. Hierüber ist ein schriftlicher Auftrag einzurichten. Offerten mit Aufschrift "Zofalbeamter" sind bis zum 23. März an **Altemüller, Lohstr. 50, 1. Et.** einzurichten. **Die Vorstände.**

Der Maurerlehrling **Aug. Meyer**, geb. am 2. Oktober 1891 zu Gelsenkirchen, hat sich heimlich von seinen Eltern entfernt. Sollte er sich irgendwo zur Aufnahme in den Verband melden, was zu erwarten ist, so möge man nach hier sofort Mitteilung gelangen lassen.

K. Hunold, *Gelsenkirchen, Hochstraße 1.*

[M. 1,80]

Joseph Herrmann, geb. am 12. Dezember 1876 in Schönbrunn, wird vom Zweigverein Neustadt gefordert. Wer seinen Aufenthaltsort kennt, wird um Mitteilung an **Karl Mooker, Neustadt Nr. 13**, gebeten. [M. 1,20]

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Totenfälle des Verbandsmitgliedern, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 Pf.

Alt-Damm. Am 8. Mai starb nach dreizehnjährigem schwerem Leben unser Kollege **Hermann Quantz** im Alter von 28 Jahren an einer Operation.

Bahn. Am 9. Mai starb unser Kollege **Karl Meinert** aus Bielefeld im 50. Lebensjahr an Beberverhärtung.

Barth. Am 5. Mai starb unser treuer Kollege **Karl Frahm** im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.

Berlin. Sektion der Pührer. Am 1. Mai starb unser Mitglied **Ferd. Fiehn** im Alter von 61 Jahren an Tuberkulose.

Ernst Fallmer im Alter von 70 Jahren an chronischer Bandscheidentzündung.

Dresden. Am 30. April starb unser Verbandsmitglied

William Liebscher aus Dresden im Alter von 69 Jahren.

Flensburg. Am 8. Mai verstarb nach langem Leiden unser Kollege **Friedr. Thomsen** im 58. Lebensjahr.

Halle a. d. S. Am 4. Mai starb unser Verbandsmitglied **Karl Jäger**, 55 Jahre alt, an Herzschwäche.

Heilbronn. Am 24. April starb unser treuer Kollege

Martin Sauer im Alter von 23 Jahren an Lungenerkrankung.

Leipziger. Am 8. Mai starb plötzlich unser treuer Verbandskollege **Julius Müller** im Alter von 56 Jahren.

Limbach i. S. Am 8. Mai starb infolge Asturzess von Gertt unter treuer Verbandskollege **Richard Wienhold** aus Reichenbach.

Volkmar Wendler an Herzverschlechterung.

Mannheim. Groß-Möhrheim. Am 3. Mai starb unser treuer Kollege **Heinrich Ahl** im Alter von 89 Jahren an Typhus.

Weilheim. Am 30. April starb das Mitglied **Karl Tennen** im Alter von 62 Jahren an Herzschlag.

Neustadt a. d. S. Am 4. Mai starb unser Kollege **Philipp Malz** nach längerem Leiden im Alter von 58 Jahren an der Prostaterkrankheit.

Oldenburg. Am 3. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege **Johann Biller** im Alter von 54 Jahren an Lungentuberkulose.

Schmitz. Unter treuer Kollege **Reinhold Hofmann** ist im Alter von 24 Jahren an Bluterguss gefordert.

St. Johann. Am 6. Mai verstarb unser treuer Verbandsmitglied **Johann Lambertz** im Alter von 50 Jahren an Lungenerkrankung.

Vach. Am 7. Mai starb unser treuer Kollege **Konrad Freisleben** im Alter von 50 Jahren an Herzverschlechterung.

Wiesenburg. Am 22. April starb unser treuer Mitglied **Norbert Strauss** im Alter von 44 Jahren an Lungentuberkulose.

Werder a. d. S. Am 4. Mai starb unser treuer Mitglied **Gust. Gebhardt** im Alter von 80 Jahren an Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken.

Otto Obach wird aufgefordert, dem Kollegen Reinhold Hoffmann in Stargard i. Pomm., Holzmarktstr. 42, seine Adresse mitzutragen. [90 Pf]

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 16. Mai.

Bergedorf. Abends 8 Uhr bei Bandits.

Sonntag, den 17. Mai.

Croppenstedt. Abends 4 Uhr im Lokale des Herrn Wille. Bücher mitsbringen!

Glesien. Nachm. 8½ Uhr im "Skeletterstain".

Nieder-Ingelheim. Beim Gasthof Adrian, zum Gartensefeld. Bücher sind mitzubringen.

Neudamm. Nachm. 8 Uhr im Hotel Kaiserhof. T. O.: Bohnfrage.

Wiesenbürg. Nachm. 8 Uhr im Vereinstalot.

Dienstag, den 19. Mai.

Liegnitz. Abends 7 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Mittwoch, den 20. Mai.

Altenburg. Abends 6 Uhr im "Adler".

Donnerstag, den 21. Mai.

Grünberg i. Schl. Abends 8½ Uhr im Adams-Lokal.

Sonnabend, den 23. Mai.

Langenwetzendorf. Abends 8½ Uhr bei Gmund. Treffpunkt.

Nürnberg. (Gieslenleger.) Abends 8 Uhr im Gewerbeschaffhaus.

Sonntag, den 24. Mai.

Neuhardenberg. Nachm. 1½ Uhr im Lokale des Herrn Ahne. Tagesordnung sehr wichtig.

Öffentliche Maurerversammlung.

Sonntag, den 17. Mai.

Lauf. Nachm. 8 Uhr bei Rünenberger. Referent Kollege Mertel.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.